

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Zebitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postcheckkonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: drei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Zeitlich abholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Lagezeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleinsteinhöfel, Kleinheinersdorf, Krippen, Pichenhain, Mittelndorf, Ostau, Forstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Weidischhöhe, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Siede, Joh. Walter Siede. Verantwortlich: Walter Siede.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kleinanzeige 30 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“  
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisfözung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 52

Bad Schandau, Mittwoch, den 2. März 1932

76. Jahrgang

## Was geht in Genf vor?

Ueber Genf erzählt man sich in Genf, in Paris und in Berlin die verschiedensten Dinge. Uebereinstimmung herrscht in diesen Gesprächen darüber, daß etwas vor sich geht, was die Welt, was vor allem aber einige Völkler noch nicht wissen sollen. In diesen Gesprächen spielt das deutsch-französische Verhältnis, oder richtiger der deutsch-französische Gegensatz in der Abrüstungsfrage, die Hauptrolle. Tardieu war am Montag tagsüber in Genf und hatte dort eine eingehende Unterredung mit dem deutschen Abordnungsführer Radolny. In Berlin weiß man über Inhalt und Ergebnis dieser Unterredung angeblich nichts Näheres mitzuteilen. Es soll sich um eine „der üblichen Besprechungen“ gehandelt haben, die im Laufe der Genfer Konferenz sich bestimmt mehrfach wiederholen dürften. In Berlin will man also einer Auskunft ausweichen, wahrscheinlich weil Tardieu sich erst mit seinem Kabinett über die Weiterverfolgung der deutsch-französische Gespräche verständigen wolle. Denn das eine hat man inzwischen, und zwar aus dem Munde Tardieus, erfahren, daß der französische Ministerpräsident die deutsch-französische Gegensätze in der Abrüstungsfrage abschwächen möchte. Wenn dieser Wunsch auf französischer Seite vorliegt, dann bedeutet er bestimmt einen Versuch, den deutschen Widerstand gegen bestimmte französische Auffassungen zu brechen.

Von Anfang an bestand in der Abrüstungsfrage zwischen Deutschland und Frankreich ein unüberbrückbarer Gegensatz in der Frage der Gleichberechtigung und der Sicherheit. Noch unmittelbar vor Beginn der Genfer Konferenz konnte man von zuständiger deutscher Seite hören, daß ohne die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung auf dem Gebiet der nationalen Rüstungen und der gleichen Sicherheit für Deutschland eine Zustimmung zu irgendwelchen Beschlüssen der Abrüstungskonferenz nicht in Frage kommt. Wir wissen nicht, ob sich an dieser Auffassung inzwischen etwas geändert hat; wir fürchten aber, daß man drauf und dran ist, sich auf eines der üblichen Kompromisse einzulassen. Es ist natürlich Taktik, wenn Bertinax im „Echo de Paris“ behauptet, das Gespräch Tardieu-Radolny hätte sich darum gedreht, zu erfahren, um welchen Preis die Reichsregierung auf eine Gleichberechtigung der Rüstungen verzichten würde. Er glaube zu wissen, daß Deutschland gegebenenfalls nicht auf alle Waffen Anspruch erheben werde, wie sie Frankreich besitze. Aber darauf bestche es, daß es sämtliche Waffengattungen, besonders U-Boote, falls sie nicht von allen Mächten abgeschafft würden, Tanks, schwere Geschütze usw., wie alle anderen Mächte besitzen dürfe. Schließlich würde Deutschland verlangen, daß die Dauer der Dienstpflicht in der Reichswehr von 12 auf 6 Jahre herabgesetzt würde, um dadurch die Möglichkeit ausgebildeter Reserven in Deutschland zu erhalten.

Wie gesagt, das behauptet Bertinax, der dafür bekannt ist, französische Stimmungsmache zu betreiben. Er tut es offenbar „in höherem Auftrag“, was bedeuten würde, daß man Deutschland Köder hinwerfen möchte, um herauszufinden, ob nicht der deutsche Standpunkt in der Frage der Gleichberechtigung und Sicherheit doch zu erschüttern wäre. Man hat in deutschen politischen Kreisen verschiedentlich den Eindruck, als habe sich die deutsche Delegation bereits stark in die Defensive drängen lassen. Der erste taktische Fehler war zweifellos die Zustimmung zu der Schaffung des Politischen Ausschusses, der Frankreich die Möglichkeit gibt, die französische These in den Vordergrund zu stellen. Bieweit das auf Kosten der deutschen These von der Gleichberechtigung geschehen wird, ist noch nicht übersehbar. In Genf war von seiten der deutschen Abordnung erklärt worden, daß die Behandlung der deutschen These im politischen Ausschuss ebenso erfolgen werde wie der französischen; in Berlin aber wurde erklärt, daß man darüber eine Diskussion nicht zulassen werde, da sich die deutsche Gleichberechtigung von selbst verstehe. Es wird gut sein, wenn Deutschland diese Auffassung bis zur letzten Konsequenz vertritt. Durch die französische Taktik ist aber die deutsche Stellung bereits in dieser Frage stark erschüttert, nachdem sowohl der Hauptausschuss wie der Politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz sich voraussichtlich am Mittwoch gewissermaßen zwangsläufig mit dieser Frage befassen werden. Für diese Sitzung hat Benech als Vorsitzender eine Tagesordnung aufgestellt, deren erster Punkt den Abkommensentwurf des Jahres 1930 enthält, in welchem sich der berühmte Artikel 53 befindet, der die „Ausrechterhaltung der früheren Verträge“ festsetzt und damit die französische These, daß die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats für Deutschland und die Mittelmächte ohne Rücksicht auf den Fortgang der allgemeinen Abrüstung zwingendes Recht seien.

Man wird auf diese Aussprache um so mehr gespannt sein müssen, da von ihrem Verlauf und Ergebnis unter Umständen abhängig sein dürfte, ob Deutschland überhaupt noch an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilnehmen

kann. Denn in allen bisherigen französischen Verlautbarungen offizieller Stellen wird die Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage grundsätzlich bestritten. Tardieus Bemühen bei seiner Aussprache mit Radolny ging denn offenbar auch dahin, den deutschen Vertreter davon zu überzeugen, daß Deutschlands juristische Begründung für die Forderung nach Rüstungsgleichheit nicht stichhaltig sei, daß es aus der Präambel des Teil V kein Recht auf Rüstungsgleichheit herleiten könne, daß vielmehr die Verträge eingehalten und nur im Einvernehmen mit sämtlichen Beteiligten abgeändert werden könnten. Diese Bemühungen Tardieus haben eine bedenkliche Seite, wenn nämlich die Frage des „Einvernehmens mit sämtlichen Beteiligten“ in den Vordergrund gestellt würde, was praktisch bedeuten würde, daß Deutschland auf Verhandlungen unter Auf-

gabe seines prinzipiellen Standpunktes einläßt. Augenblicklich scheint man in Berlin willens zu sein, sich nicht in das französische Intrigenetz verstricken zu lassen. Man vertritt mit Recht den Standpunkt, daß man zwar Deutschland im Augenblick der militärischen Niederlage militärische Ausnahmestimmungen auferlegen konnte, daß dieser Zustand aber um so weniger ewig dauern kann, weil auch ein militärisch besiegtes Volk sich aufrichtet und neue Generationen heranwachsen, die für solche Sonderbestimmungen kein Verständnis und nicht den Willen haben, sich zu einer Macht zweiten Grades herabdrücken zu lassen. Es ist möglich, daß man in Frankreich für solche Erwägungen augenblicklich kein Verständnis aufbringen will; klare Ueberlegung aber wird ihm sagen, daß sich das Naturrecht eines Volkes nicht auf Ewigkeiten vergewaltigen läßt.

## Großmacht zweiter Klasse?

Frankreich widersteht sich in Genf hartnäckig, Deutschlands Gleichberechtigung anzuerkennen

Genf, 2. März.

Tardieu hat kurz vor seiner Abreise nach Genf der Presse einige Mitteilungen über seine letzten Verhandlungen gemacht. Er betonte, daß er sich mit dem Botschafter Radolny offen über die schwebenden Fragen unterhalten habe. Die Unterredung sei in durchaus freundlichem Geiste verlaufen.

Die grundsätzlichen Schwierigkeiten beständen jedoch weiter. Auf keiner Seite bestche die Absicht, die Lage weiter zu verschärfen. Die großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, die mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängen, würden gleich zu Beginn der jetzt einsetzenden sachlichen Verhandlungen auf den Abschluß der Konferenz verschoben werden. Man wolle die mit diesem Artikel zusammenhängenden Schwierigkeiten erst am Ende der Konferenz beraten.

Die sachlichen Verhandlungen würden daher zunächst mit dem Kapitel 2 des Abkommensentwurfes über die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände beginnen. Dieses Kapitel berühre die internationalen Fragen, so daß hierbei die Sicherheitsfrage und die französischen Vorschläge behandelt werden würden. Bis zum Abschluß der am Donnerstag beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes würden keinerlei bedeutungsvolle Verhandlungen mehr stattfinden. Tardieu erklärte, er nehme an, daß die grundsätzlichen Erörterungen voraussichtlich erst nach der Osterpause einsetzen würden.

### Berlin: „Selbstverständliche Voraussetzung“

Von deutscher Seite wird zu den bevorstehenden Verhandlungen im politischen Ausschuss der grundsätzliche Standpunkt uneingeschränkt aufrechterhalten, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung an der Abrüstungskonferenz nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung der vollständigen Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage möglich sei und daß jede Regelung der Abrüstungsfrage in gleicher Weise für sämtliche Mächte gelten muß.

Von unterrichteter Seite wird erklärt, der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung sei kein Diskussionsgegenstand in dem Sinne, daß die deutsche Delegation etwas abhandeln lassen könnte; die Gleichberechtigung sei vielmehr die Vor-

aussetzung für die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz. Eine Diskussion werde aber darüber notwendig sein, da diese Gleichberechtigung in dem Konventionsentwurf, so wie er ist, nicht bestehe. Das Ziel sei namentlich die Beseitigung des Artikels 53, der die unterschiedliche Behandlung Deutschlands festlegen will.

### Paris: „Regierung unnachgiebig“

Bertinax betont im „Echo de Paris“, daß es sehr zweifelhaft sei, ob man gerade in der Gleichberechtigungsfrage zu einer Verständigung gelange. Tardieu habe im Verlaufe der Unterredung auch nicht versäumt, Radolny darauf aufmerksam zu machen, daß die französische Regierung gerade in dieser Frage unnachgiebig bleiben würde.

Nichts destoweniger werde man wohl oder übel in absehbarer Zeit vor der Alternative stehen, entweder die deutsche Zustimmung zu den Spezialklauseln der Abrüstung mit einer Schwächung der französischen Armee zu bezahlen oder aber die Stärkung des französischen Heeres zu betreiben und auf der anderen Seite Deutschland gewisse militärische Zugeständnisse zu machen.

## Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung

Genf, 2. März.

Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung ist im Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz an zwei Stellen zu verzeichnen. Er erscheint zunächst unter dem Abschnitt „Politische und juristische Fragen“, der die Vorschläge auf Stellung einer internationalen Streitmacht erwähnt und als Punkt 7 a die Forderung Deutschlands, Österreichs, Bulgariens und Ungarns: „Die durch die Friedensverträge auferlegte Abrüstung muß als Richtschnur für die Rüstungseinschränkung aller Völkerbundsmittelglieder betrachtet werden. Die Schaffung eines einzigen Systems, das in gleicher Weise auf alle Staaten anwendbar ist; gleiches Recht und gleiche Sicherheit.“

Hieran schließt sich die Forderung Italiens: „Gleichberechtigung zwischen allen Staaten und Ausgleich der Streitkräfte auf dem niedrigsten Niveau.“ Der in diesen Forderungen aufgestellte Grundgedanke wird vom Berichterstatter folgendermaßen bezeichnet: „Gleichartigkeit der Methoden gemäß dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Staaten.“

## Noch kein Memeldirektorium

Mehrheitsparteien gegen Landesrat Simmat.

Memel, 2. März.

Die Fraktionen der Landwirtschaftspartei und der Volkspartei haben nach einer gemeinsamen Sitzung dem vom Gouverneur zum Präsidenten des Memeldirektoriums ernannten Landesrat Simmat das nachstehende Schreiben überreicht: „Sie haben in der Unterredung, die Sie mit Vertretern der Mehrheitsparteien über die Ernennung der Landesdirektoren hatten, darauf bestanden, daß neben zwei Vertretern der Mehrheitsparteien (Waschkies und Luttkus) Landesrat Tolischus oder ein anderer Herr Ihrer Wahl als Landesdirektor in das Direktorium eintritt. Sie haben dabei zum Ausdruck gebracht, daß bei einer Abstimmung im Direktorium bei Stimmgleichheit Sie mit Ihrer Stimme den Ausschlag gäben.“

Bei einer solchen Zusammensetzung des Direktoriums würde die Vertretung der Mehrheitsparteien bedeutungslos sein, da sie bei eintretenden Unstimmigkeiten überstimmt würde. Wir können ein solches Direktorium nicht als Direktorium ansehen, da es nicht nach parlamentarischen

## Für eilige Leser.

\* Bei der Haushaltsberatung des Braunschweigischen Landtages wurde auch die Regierungsratsstelle, die mit Adolf Hitler besetzt worden ist, genehmigt.

\* Der russische Volkskommissar Litwinow ist von Genf über Berlin nach Moskau zurückgereist, um, wie es heißt, an einer wichtigen Sitzung des Außenkommissariats teilzunehmen.

\* Frankreichs Finanzminister Flandin ist an einer Kehlkopfentzündung erkrankt und muß daher der Budgetberatung fernbleiben.

\* In Arras hat eine große französisch-polnische Freundschaftsfeier unter dem Vorsitz des polnischen Völkerschaters Chlapowski stattgefunden, die von dem Verband der polnischen Kriegsteilnehmer veranstaltet wurde.

\* Der Sohn Gandhis, Davidas, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

\* Gerhart Hauptmann wurde von der Columbia-Universität in Newyork zum Ehrendoktor der Rechte ernannt.

Grundsätze gebildet wurde. Die Herren Wajskies und Lukfus haben uns erklärt, daß sie es ablehnen, in ein solches Direktorium einzutreten.

Aus der ersten mit Ihnen geführten Rücksprache war noch nicht zu übersehen, ob eine Ausgleichung der Ansichten herbeizuführen möglich wäre. Darüber könnte nur eine weitere Aussprache mit den Vertretern der Minderheitspartei Klarheit schaffen."

## Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig

### Kontingenterhandlungen abgebrochen.

Danzig, 2. März.

Die Danzig-polnischen Kontingenterhandlungen, die am 20. Januar begonnen hatten, sind wegen unannehmbarer politischer Forderungen Polens ergebnislos abgebrochen worden. Wie von amtlicher Danziger Stelle hierzu u. a. mitgeteilt wird, hat sich die Danziger Abordnung bis zum äußersten bemüht, den polnischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Das Entgegenkommen Danzigs ist von Polen damit beantwortet worden, daß es ganz unannehmbare Forderungen stellte, durch die die wenigen Rechte, die Danzig nach dem Wortlaut der Verträge besitzt, noch vermindert oder aufgehoben würden.

Während der Verhandlungen habe die polnische Regierung ihre Danzig schwer schädigenden Maßnahmen so verschärft, daß heute nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig gesprochen werden könne. Polen habe nicht weniger als die Aufgabe jeglichen Eigenrechts bezüglich der Danziger Handels- und Industriekontingente gefordert, was zur Folge haben würde, daß polnische Organe die Entwicklung der Danziger Wirtschaft nach ihren politischen Wünschen gestalten könnten. Das wäre das Ende der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs.



Der neuerwählte Landespräsident von Memel Simalkis.

## Sicherung der Volksernährung

Eine Denkschrift der DLG.

Berlin, 2. März.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG.) hatte Vertreter der Presse zu einer Aussprache über die noch bestehenden Notwendigkeiten zur Sicherung der Ernte 1932 eingeladen. An dieser Veranstaltung nahmen die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden und die Führer der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen teil.

Rittergutsbesitzer Dr. h. c. Schurig-Zeestow hielt ein Referat über eine von ihm verfaßte und von der DLG. herausgegebene Denkschrift. Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland in Anbetracht der Devisenlage die Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland soweit wie irgend möglich einschränken müsse; der deutschen Landwirtschaft falle deshalb die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe zu, einen möglichst großen Teil des deutschen Nahrungsmittelbedarfes aus eigener Erzeugung zu decken. Der Redner betonte den wertmäßigen Rückgang der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse seit 1927.

Das große, seit Jahrzehnten erstrebte Ziel, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu versorgen, sei annähernd erreicht. In diesem Augenblick drohe aber die Gefahr, daß die Landwirtschaft durch die Not der Verhältnisse gezwungen sei, auf dem erfolgreich beschrittenen Wege umzukehren. Die DLG. richte in letzter Stunde einen Appell an die Landwirtschaft, umtätig alle für die Erreichung einer guten Ernte unerlässlichen Betriebsmittel voll einzusetzen und so Ernte und Volksernährung zu sichern.

## Politische Rundschau.

Ein deutscher Wahlerfolg.

In Pischow im Kreis Rybnik wurden die Wahlen zur Gemeindevertretung durchgeführt. Sie brachten einen Erfolg der deutschen Wahlgemeinschaft. Für diese wurden 513 Stimmen abgegeben, die drei Mandate erzielten. Die auf sie vereinigte Stimmenzahl war die größte aller Parteien. Bei den Wahlen zum Warschauer Sejm im Sommer 1930 waren in Pischow unter dem ausgeübten Druck für die Bürgerliche Liste nur 181 Stimmen abgegeben worden.

Francois-Poncet legt sein Abgeordnetenmandat nieder.

Der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet hatte sein Abgeordnetenmandat noch beibehalten und sich für seinen Berliner Posten nur mit einer sechsmonatigen Mission betrauen lassen. Diese läuft demnächst ab. Botschafter Francois-Poncet hat sich nunmehr entschlossen, sein Abgeordnetenmandat endgültig niederzulegen und sich der diplomatischen Berufslaufbahn vollständig zu widmen.

## Kaiser Wilhelm II. treibstrank?

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll der ehemalige Kaiser Wilhelm II. an Mestlopfersucht erkrankt sein, der selben Krankheit, an der sein Vater gestorben ist. Auch seine Schwesler, die frühere Königin Sophie von Griechenland, sei vor wenigen Wochen der Krebskrankheit erlegen. Die Erkrankung des Kaisers ist nach der Meldung des „Mates“ — für die diesem allerdings die Verantwortung übertragen bleiben muß — bereits soweit vorgeschritten, daß die Herzje die Überwindung in ein milderes Klima für unerlässlich erklärt haben. Wilhelm II. wolle sich aber das beschämende Verfahren einer neuen Mestlopfersucht ersparen. Die Kreunde des Kaisers haben offiziell bei den amtlichen Stellen um eine Überführung in die Schweiz, eventuell über Deutschland, nachgefragt.

# Die Vorbereitungen zur Wahlchlacht

## Die Reichsregierung trifft Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung

Berlin. Die Hauptgeschäftsstelle der Vereinigten Hindenburgausschüsse wird in den nächsten Tagen Millionen von Flugblättern im ganzen Reich verteilen. Die Werbestelle hat ferner einen Hindenburgfilm herstellen lassen, der neben dem schon jetzt laufenden Wahlfilm in der lebenden Wochenschau für die Wiederwahl Hindenburgs werben soll. Im Reichsinnenministerium werden zur Zeit die letzten Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl mit Hochdruck betrieben. Bis heute Abend müssen die Stimmmittel für die Reichspräsidentenwahl entworfen sein, und man nimmt an, daß es zu Spalterkandidaturen, abgesehen von der Kandidatur Gustav Winters, nicht mehr kommen wird. Auch die Polizei hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen, damit der Wahlkampf ruhig verläuft. In Berlin ist in erster Linie der nächtliche Streifendienst der Schutzpolizei erheblich verstärkt worden, um den Klebe- und Schmieraktionen das Handwerk zu legen. In Berlin finden täglich etwa 120 bis 150 Versammlungen statt. In der Wahlwoche selbst wird die Schutzpolizei wahrscheinlich auf erhöhte Alarmstufe gesetzt werden.

## Die Handhabung der Pressenotverordnung

Aus dem Reichsinnenministerium und der preussischen Staatsregierung wird mitgeteilt, daß Reichsregierung und Preussenregierung auf dem Standpunkt stehen, während des Wahlkampfes die Pressenotverordnung möglichst milde zu handhaben. Allerdings ist man an zuständiger Stelle der Auffassung, daß bei verteilten Angriffen und verächtlich machenden Äußerungen aufs schärfste durchgegriffen werden muß.

## Hugenberg-Rede in Essen

Dr. Hugenberg sprach hier über die bevorstehende Präsidentschaftswahl. Er legte dar, weshalb die DNVP. keinen eigenen Parteikandidaten aufgestellt habe. Maßgebend sei letzten Endes das Ziel von Harzburg: „Das verderbliche schwarz-rote System muß fallen.“ Dieser Kampfauftrag, so fuhr er fort, ist in Deutschland so überwältigend geworden, daß ein schwarz-roter Präsidentschaftskandidat nicht aufgestellt werden konnte. Wie heute die Dinge liegen, stellt die Kandidatur Hindenburgs einen Versuch des schwarz-roten Systems dar, für die Aufrechterhaltung eben dieses Systems mit dem Namen Hindenburg systemfeindliche nationale Stimmen einzufangen. Deshalb kämpfen wir diesmal bei aller Verehrung für den Sieger von Tannenberg gegen die Kandidatur Hindenburgs.

Die Präsidentschaftswahl wirkt hiernach heute in der Richtung, daß die an sich klaren Fronten verwischt werden. Die Preußenwahl wird und muß sie wiederherstellen. Der Preußenwahl gilt unser Hauptstoß. Der Versuch des schwarz-roten Systems, sie mit der Präsidentschaftswahl in den Hintergrund zu drängen, wird mißlingen. Im Mai 1932 wird vielleicht für Millionen eine Entwicklung verständlich sein, die sie selbst miterlebt haben, ohne ihre Bedeutung zu erkennen.

Der Reichskanzler hat im Reichstag die alte Unwahrheit der offiziellen Zeitungen unterstrichen: Die Deutschen hätten es im Sommer 1930 in der Hand gehabt, die Macht zu erobern. Ich habe wiederholt öffentlich dargelegt, daß der Reichskanzler der DNVP. gegenüber niemals auch nur einen Versuch gemacht hat, sein Kabinett nach rechts zu orientieren oder zu erweitern. Er hat mir dies auch in einer persönlichen Unterhaltung zugeben müssen. Er hat aber vor allem auch niemals den Versuch gemacht, seine Politik im Sinne der Rechten umzustellen.

## Reichslandbund gegen Hindenburg

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm eine Entschlieung an, in der festgelegt wird, die nationale Opposition habe die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Duesterberg beantwortet. Der Reichslandbund stehe im Lager der nationalen Opposition. Er werde seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen.

Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition dürfe nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Der gemeinsame Kampf richte sich „gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind“.

## Front der christlichen Arbeiterschaft

gegen Nationalismus und Kommunismus.

Köln, 2. März. Vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wird mitgeteilt:

Angesichts der offensibaren Gefahr, die von den radikalen Bewegungen, Nationalismus und Kommunismus, für die Ordnung in Wirtschaft und Staat ausgeht, hat nunmehr auch die christliche Arbeiterschaft im Bezirk Westdeutschland ihre freiwillige Bereitschaft zum Schutze der Ordnung formuliert.

In dieser Bereitschaft der christlichen Arbeiterschaft in der Volkfront stehen die Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jedes gewalttätigen Angriffes auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die Verbindung mit der weiteren Gliederung der christlichen Arbeiterbewegung sowie den anderen verfassungstreuen Kreisen ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterschaft ist aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der Volkfront einzugliedern.

## Sächsische Volkspartei für Hindenburg

Dresden, 2. März.

Der Landesvorstand Sachsen der Deutschen Volkspartei hielt gemeinsam mit der Landtagsfraktion eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Professor D. Schmidtman, zur Haltung der Partei zum kommunistischen sächsischen Volkstagswahl auf Landtagsauflösung feststellte, daß sich an der ablehnenden Haltung der Sächsischen Volkspartei gegenüber dem kommunistischen Volksbegehren nichts geändert habe. Der Redner betonte, daß die Sächsische Volkspartei in voller Einmütigkeit mit der Reichspartei und insbesondere mit dem Parteiführer Dingeldey sich voll und ganz hinter die Kandidatur Hindenburg stelle. Ohne Rücksicht auf die Angriffe, denen Hindenburg von seiten der nationalen Opposition ausgesetzt sei, werde die Deutsche Volkspartei Sachsens mit aller Kraft den Kampf für Hindenburg aufnehmen.

## Die ASP für Hindenburg

Dresden. Die Alte Sozialdemokratische Partei hat zur Reichspräsidentenwahl einen Aufruf erlassen, in dem sie sich für die Kandidatur Hindenburg einsetzt. Die Wiederwahl Hindenburgs sei die beste Gewähr, die innere Ruhe zu bewahren und die Voraussetzungen zum Wiederaufstieg der Nation zu schaffen.

## Die Krise in der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die der Deutschen Volkspartei nahegehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ befaßte sich am Dienstag mit der Krise in der Deutschen Volkspartei. Es wäre allzu billig, schreibt das Blatt, für das, was sich jetzt in der Partei zeigt, allein die beiden Nachfolger Stresemanns, Dr. Schulz und Dingeldey, verantwortlich machen zu wollen. „Die Krise hat vielmehr tiefere Gründe in der gesamten politischen Entwicklung, die auf eine Scheidung und Entscheidung zwischen rechts und links hin drängt. Die Deutsche Volkspartei hat von 1920 bis 1931 unter schweren Opfern eine Politik der Mitte versucht und für diese Politik erst ihren Führer, dann ihre Wählerstimmen geopfert. Der damit angestellte Wechsel ist aber von den Trägern des Systems, dem Zentrum und der Sozialdemokratie, nicht eingeleitet worden. Wenn wir die Politik Dingeldeys richtig beurteilen, so hat er die Krise seiner Partei seit langem kommen sehen und sich vor allem darauf konzentriert, die DNVP. als geschlossene Kampfguppe zu neuem politischen Einsatz zu erhalten und bereitzustellen. Für diese Möglichkeiten ist es auch heute noch nicht zu spät.“

Allerdings geht der Riß, der das deutsche Volk in zwei Hälften spaltet, heute mitten durch die Deutsche Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei zerfällt heute bereits in drei Gruppen.

Ein rechter Flügel strebt offen zur Verbindung mit Hugenberg, der Flügel Curtius Kardorff irgendwie zur Vereinigung mit der Staatspartei, während der Parteiapparat der Mitte unter Dingeldey noch verzweifelt um die Weiterexistenz als selbständige Partei kämpft. Wir glauben, daß Dingeldey sich bald wird entscheiden müssen, wenn er bei der politischen Neuausrichtung für die Ziele, die die DNVP. verfolgt, noch etwas erreichen will, ohne genötigt zu sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzuziehen, was er bisher stets abgelehnt hat. Schon bei der Weichung Stresemanns wurde in einem äußerlichen Symbol der Zwiespalt der DNVP. sichtbar. Am Vormittag fand die offizielle Trauerfeier der Reichsregierung mit der Ansprache des Reichskanzlers Müller statt. Hier war der Sara Stresemanns mit der schwarz-rot-goldenen Fahne bedeckt. Am Nachmittag hielt an der gleichen Stelle im Reichstag der Abg. Kahl für die Partei die Trauerrede. Hier war die Wüste Stresemanns mit der schwarz-weißen roten Flagge geschmückt.

## Abfall eines ganzen Wahlkreises

Dortmund, 2. März.

Der engste Vorstand der DNVP von Westfalen-Süd hat den zur Zeit in Berlin an einer Staatsratsitzung teilnehmenden Vorsitzenden Hembek aufgefordert, den Austritt der südwestfälischen Organisation aus der DNVP zu erklären. Der Vorsitzende Hembek ist dieser Aufforderung nachgegeben. Damit ist der Austritt vollzogen.

Zu diesem Austritt erklärt die Parteileitung der DNVP, daß die Erklärung Hembeks weder rechtlich begründet, noch moralisch vertretbar sei. Es stehe fest, daß die übergroße Mehrheit des Wahlkreises einem solchen Verrat an der eigenen Partei ablehne. Die ordnungsmäßige Neubesetzung der Wahlkreisleitung werde unverzüglich durchgeführt, da die überwältigende Mehrheit unzweifelhaft hinter der Partei stehe.

## Der Kandidat des Kampfblokes „Schwarz-Weiß-Rot“ und das Ausland.

Berlin. Auf Anfrage von ausländischen Pressevertretern, ob nicht der Kandidat des Kampfblokes „Schwarz-Weiß-Rot“ Oberstleutnant a. D. Duesterberg ebenfalls wie Adolf Hitler die Berliner Vertreter der ausländischen Presse zu einer Erklärung empfangen wolle, hat der Leiter der Presseabteilung des Stahlhelms, Kleinau, an den Verband ausländischer Pressevertreter ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt: „Oberstleutnant a. D. Duesterberg lehnt es grundsätzlich ab, in einer inmerdeutschen Streitfrage, die allein das deutsche Volk in sich auszutragen hat, an das Ausland zu appellieren, sowie auch nur den Anschein zu erwecken, als ob ein solcher Appell beabsichtigt sei. Die selbstverständliche Aufgabe der in Deutschland weilenden ausländischen Journalisten, ihren Landsleuten ein möglichst eingehendes Bild aus der innerpolitischen Lage in Deutschland zu vermitteln, erkennt der Stahlhelm voll und ganz an und wird sie durch die von dem Unterzeichneten geleitete Presseabteilung nach Möglichkeit gern unterstützen. Die ausländische Presse in einem inmerdeutschen Streit in Anspruch zu nehmen, möchten wir jedoch ablehnen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Stellungnahme des Stahlhelms Ihren Mitglidern zur Kenntnis bringen würden.“

## Entschlieung des Reichslandbundes zur Zoll- und Handelspolitik.

Berlin. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes am 1. März wurde zur Zoll- und Handelspolitik folgende Entschlieung gefaßt:

Die Einführung eines Maximaltarifs bedeutet namentlich angesichts der bestehenden Zollbindungen und des herrschenden Meistbegünstigungssystems für die Landwirtschaft keine Besserung des noch völlig unzureichenden Schutzes der heimischen Agrarerzeugnisse. Das gilt insbesondere, solange die bisherigen Tendenzen der deutschen Zoll- und Agrarpolitik beibehalten werden. Die Reichsregierung hat auf wichtigen Gebieten des landwirtschaftlichen Zollschutzes bis jetzt völlig versagt. Einzelmaßnahmen kamen verspätet und unzureichend. Bei der Armut Deutschlands, der Lage des Weltmarktes und insbesondere angesichts der Kampfmaßnahmen anderer Länder hätte Deutschland schon längst zu dem System der Kontingentierung der Einfuhr auf das unbedingt notwendige Maß bei ausreichenden Zollsätzen schreiten müssen. Daß dies bis heute noch immer nicht erfolgt und ansehend bis jetzt noch nicht beabsichtigt ist, bedeutet eine unverantwortliche Preisgabe der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes.

Die Presseäußerungen, nach denen eine Übereinstimmung zwischen Industrie und Landwirtschaft hinsichtlich dessen, ob von der Reichsregierung maximale Zollsätze bestehen sollen, sind unzutreffend. Maßgebliche Verhandlungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft haben nicht stattgefunden.

## Niesenbrand vernichtet 138 Gebäude.

New York. In Pennsylvanien (New Jersey) brach am Montag ein Brand aus, der sich bei dem herrschenden starken Wind schnell ausbreitete. Zwei Kirchen, das Schulhaus und 135 Häuser wurden von dem Großfeuer vernichtet. Die Ursache des Niesenbrandes ist noch unbekannt.

## Schulaufführung der Volksschule Bad Schandau.

Die hiesige Volksschule gedenkt Mitte März im Städtischen Kurhause eine Schulaufführung zu veranstalten. Die erste Aufführung ist als Elternabend gedacht, an dem nur die Eltern unserer Schulkinder Zutritt haben sollen. Die zweite Aufführung soll öffentlich sein, zu der wir schon jetzt alle Freunde unserer Schule herzlich einladen. Wir werden zuerst eine schlichte Gedenksfeier in Wort und Ton veranstalten, an die sich turnerische Darbietungen der Knaben und Mädchen anschließen werden. Im 2. Teile wird ein kleines Singspiel von Fr. Nagler zur Aufführung kommen. Der Reinertrag soll ausschließlich zum Ankauf von Vermittlern (Wüchtern, Heften u. dergl.) für unsere bedürftigen Schulkinder verwendet werden. Da ohne Schulbücher kein Unterricht zu denken ist und manche Eltern der Kauf dieser Bücher infolge Arbeitsmangel unmöglich gemacht worden ist, so soll durch unsere Aufführung dieser Art der Schulkinder ein wenig gesteuert werden. Der Eintrittspreis wird niedrig gehalten sein, damit es jedermann möglich ist, zu kommen. Näheres wird später noch in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ bekanntgegeben werden.

**Wendischschäre.** 2. Öffentliche Gemeindeverordnetenversammlung am 29. Februar im Gasthaus Mahl 1. Verschiedene Eingänge. Die Genehmigung des V. Nachtrages zur Gemeindeverfassung vom 1. April 1924 betr. Aufwandsentschädigung, Tagelöhner, Reisekosten usw. sowie ein Schreiben des Stadtrates Bad Schandau vom 10. v. M. betr. Herabsetzung des Vertrauensschulbetrags wird bekanntgegeben. Die Mitteilung des Stadtrates zu Bad Schandau bezieht sich in seiner Weise, und Bürgermeister Kummer wird diesbezüglich Mitteilung nehmen. Dem Landesverein Sächsischer Heimatschutz Dresden werden auf ein Vortragsbuch hin 5 Mark bewilligt. Dagegen wird das Vortragsbuch des Deutschen Freidenkertverbandes, Ortsgruppe Köfelnitz, um Bewilligung von 10 Mark auf Antrag des Gv. Lorenz mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt. 2. Bürgermeister Kummer erstattet Bericht über die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Sächs. Schweiz betr. Fauschalschulprojekte. Es wird der Beitrag von 7,50 M. einstimmig bewilligt. 3. Gv. Förster gibt Bericht betr. Anbringung einer Lampe am Richterschen Grundstück, um den Zugang zu dem Heringschen Wohnhaus zu beleuchten, doch muß diese Angelegenheit vorläufig noch zurückgestellt werden. Hierzu wird auch ein Schreiben der Heringschen Erben bekanntgegeben. Auf Antrag des Gv. Niede, ob die Warnungsschilder im 1. Gemeindehaus noch nötig wären, erklärt Bürgermeister Kummer unter Bekanntgabe der Gründe, daß keine Veranlassung vorliegt, dieselben zu entfernen. 4. Das Wohnungsmangelgesetz für Wohnungen bis 300 Mark aufzuheben wird von dem Kollegium nach vorheriger Aussprache einstimmig abgelehnt. Hierzu war auch ein Protestschreiben des Mietervereins Wendischschäre eingegangen. 5. In den Ausschuss für die kommenden 2 Wahlen werden folgende Gemeindeglieder gewählt: Bürgermeister Kummer als Vorsitzender, als Stellvertreter Niede und Krebs, als Schriftführer Niede und als Beisitzer Niede, Köfer, Dünnebier und Richter. Die Wahlzeit wird von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. festgesetzt. 6. Allgemeines und Anträge. Gv. Hardtor gibt bekannt, daß nach Beschwerden aus Kreisen des Mietervereins einige Hauswirte in letzter Zeit die Verleumdungen der Hausfluren usw. vernachlässigt hätten, und ersucht, durch Anschlag die Hauswirte an ihre Pflicht zu erinnern, was getan werden soll. Wegen einer von Gv. Niede vorgetragenen Beschwerde eines im 1. Gemeindehaus wohnenden Mieters wegen Aufhängen von Kinderwägen entspinnt sich eine derartig lebhaft und längere Debatte, daß Vorsteher Lüben er Schluß dieser Debatte gebietet und beantragt, dem betr. Mieter einen Platz anzuweisen. — Bürgermeister Kummer warnt vor den in letzter Zeit an der Straßenecke an der Carolabrücke üblich gewordenen Menschenansammlungen und betont, daß er gegebenenfalls andere Schritte einleiten müßte, falls eine Menderung nicht eintritt. — Anschließend nicht öffentliche Sitzung.

**Explosion eines Schweißapparates.** In einer Schmiede an der Wahnstraße explodierte am Montagmorgen ein autogener Schweißapparat. Die Explosion richtete schweren Schaden an. Personen kamen nicht zu Schaden.

**Königsstein.** 30 Jahre Seelsozialtätigkeit. Am 1. März konnte Pfarre Höner auf eine dreißigjährige Tätigkeit in unserer Kirchgemeinde zurückblicken. Während dieser langen Zeit ist der Geistliche wohl mit den meisten Mitarbeitern der Gemeinde in enger Verbindung geblieben. Pfarre Höner war während des Krieges Garnisonpfarrer auf der Festung Königsstein. Er gründete den Besamenschort und ist Protokollführer des Frauen- und Jungmädchenvereins.

**Stadt Wehlen.** 90. Geburtstag. Seinen 90. Geburtstag feierte gestern der älteste Einwohner unseres Ortes, der Sozialrentner Friedrich Seifert. Im Jahre 1842 in Mühlberg an der Elbe geboren, ist er Veteran von 1866 und 1870/71. Seit 1890 wohnt er in unserer Stadt, wo er seinen Unterhalt durch Anfertigung von Strohwaren erwarb. Jährlich Sommer lang war er auch als Arbeiter beim Wasserbau tätig.

**Heidenau.** Neues Wasserwerk. In zweijähriger Bauzeit hat die Stadt Heidenau mit einem Kostenaufwand von rund 440 000 RM im Stadtteil Gommern ein neues Wasserwerk errichten lassen, das jetzt seiner Bestimmung übergeben worden ist. Das Werk ist wissenschaftlich und technisch nach den modernsten Grundsätzen errichtet. Man nimmt an, daß durch das Werk eine völlig ausreichende Wasserversorgung der Stadt Heidenau und der an das Leitungsnetz angeschlossenen Gemeinden gewährleistet wird.

**Dresden.** Wohnungseinbrecher erbeuten 3000 Mark Bargeld. Am 27. Februar kurz vor 7 Uhr drangen Nachschlüsselbende in eine Wohnung in der Meißnerstraße ein, sprengten den Schreibtisch auf und durchwühlten sämtliche Behälter nach Bargeld. Gestohlen wurden etwa 3000 Mark, darunter zwei Zwanzigdollarkstücke in Gold. Als Täter kommen drei Personen in Frage, die zur Tatzeit in dem Grundstück von Hausbewohnern gesehen worden sind.

**Dresden.** Fremdenverkehrs-aussch. Wie bekannt, haben sich vor einiger Zeit auf Veranlassung des Dresdner Verkehrsvereins alle Verkehrs- und Wirtschaftskreise Dresdens zwecks Hebung des Fremdenverkehrs zusammengeschlossen. Inzwischen hat sich ein „Fremdenverkehrs-ausschuss für Dresden und Umgebung“ gebildet. Vor diesem Ausschuss teilte Direktor Planitz vom Dresdner Verkehrsverein mit, daß nach dem Muster Budapests und Berlins auch für Dresden Pauschalpreise für das Wochenende und den dreitägigen Aufenthalt eingeführt werden sollen. Um den Fremden über alles zu unterrichten, was in Dresden los sei, soll die bestehende Zeitschrift „Das Neue Programm“ künftig unter der Bezeichnung „Wochenprogramm Dresden“ als amtliches Nachrichtenblatt des Dresdner Verkehrsvereins erscheinen. Was die Befestigung an bevorstehenden Fremdenverkehrsausstellungen betrifft, so wird Dresden auf der Leipziger Messe, der Berliner Wochenendausstellung und voraussichtlich auch auf Verkehrsveranstaltungen in Norwegen und Schweden vertreten sein.

## Heilige Berge.

Dieses Oratorium für Solostimmen, Chor, Orchester und Orgel von unserem Kantor Paul Hartig wird am nächsten Sonntag den 6. März abends 6 Uhr in der Trinitatiskirche in Dresden im Rahmen eines Kirchenkonzertes aufgeführt werden.

# Letzte Drahtmeldungen

## Der Aufruf der Reichsleitung der NSDAP. zur Reichspräsidentenwahl

München. Die Reichsleitung der NSDAP. hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen:

„Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!

Am 13. März wird über das Schicksal der deutschen Nation entschieden, das euer aller Schicksal ist.

Nach 13 Jahren nationaler Demütigung, nach 13 Jahren unerhörter Mißwirtschaft der schwarz-roten November-Parteien, nach 13 Jahren furchtbarer materieller und seelischer Not ist euch durch Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten der letzten sieben Jahre die Möglichkeit gegeben, euer Schicksal zu wenden. Die „Männer der Demokratie“, die vorgeben, das Recht des Volkes zu wahren, haben euren am 14. September 1930 und seitdem immer wieder kundgegebenen Willen mißachtet, haben die Bildung einer starken, vom Volk getragenen Regierung der nationalen Kraft und sozialen Gerechtigkeit durch politische Winkelzüge, hintertrieben und die deutsche Freiheitsbewegung durch geistigen Terror und Unterdrückung daran gehindert, ihren Willen zu vollziehen.

Nun ist die Stunde der Abrechnung gekommen. Es gibt für die Rotverordner kein Ausweichen und keinen Schwächwinkel mehr. Das System des Zusammenbruchs wird vor den Richterstuhl des Volkes gestellt.

Am 13. März wird abgerechnet mit der schamlosen Vorkriegswirtschaft, der vorkriegssozialen Sozialdemokratie, die zu feige ist, selbst vor das Volk zu treten und sich hinter dem Rücken eines einst von ihr beschimpften Generalfeldmarschalls versteckt, weil sie den Spruch des Volkes mit Recht fürchtet.

Am 13. März wird abgerechnet mit der jüdischen Pseudodemokratie, die ohne jede innere Verbundenheit mit dem deutschen Volke nur den Zweck verfolgt, durch eine veräufelnde Presse die deutschen Volksgenossen und Schaffenden Deutschlands gegeneinander zu hegen, um sie in diesem Zustand der Zerissenheit und Schwäche auszubeuten.

Am 13. März wird abgerechnet mit dem scheinheiligen Zentrum und der Vorkriegs Sozialdemokratie, die um vorkriegsden Ziele willen konfessionelle Vorkriegszeiten und auf dem besten Wege sind, die Totenräuber des deutschen Volkes zu werden, wenn ihnen nicht endlich das Handwerk gelegt wird.

Am 13. März wird abgerechnet mit den feigen spießbürgerlichen Geldschneidern, den Trabanten und Siegelbüchsellern dieses schwarz-roten Systems, mit den wirtschaftlichen Interessenhäusern und längst überfälligen Parteienadamen, die ihre national nicht zu verantwortende Existenz lediglich zu politischen Schacher- und Schiebergeschäften benutzten.

Mit ihnen allen, die — um allem die Krone aufzusetzen — sich nicht scheuen, auf dem Umwege über tote Ausschüsse die Kandidatur eines 83jährigen ihnen innerlich fremden ehrwürdigen alten Mannes vorzuschleichen und den Generalfeldmarschall, statt ihm den wohlverdienten, ruhmreichen zu gönnen, zu einer für sein Ansehen verhängnisvollen politischen Niederlage auszunutzen, wird nunmehr Gericht gehalten.

Am 13. März, dem gleichen Tag, an dem vor zwei Jahren Hindenburg seinen Namen unter die von diesem System angenommenen Vorkriegszeiten schrieb, die Not, Hunger, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in das deutsche Volk gebracht haben, greift das seine Lebensrechte anmeldende junge Deutschland, verkörpert in seinem Führer Adolf Hitler, nach der Macht im Staate und wird die alten zu neuem Leben untauglichen Parteigebilde hinwegfegen.

Der Führer unserer nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die sein Werk ist, der zwölf Jahre lang mit ihm die Seele dieses Volkes für Deutschland gerungen hat, fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken. Wir wissen, daß das Volk für das er kämpft, in dieser Stunde zu ihm steht, um mit ihm für die deutsche Nation zu kämpfen und zu siegen.

Die nationalsozialistische Bewegung, in dieser Stunde als Sturmfronte um ihren Führer geschart, ruft heute das ganze deutsche Volk auf, mit ihr anzutreten, um Adolf Hitler den

**Dresden.** Rektoratsübergabe. In der Aula der Technischen Hochschule fand die feierliche Uebergabe des Rektorats statt, an der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Universität Leipzig, der Bergakademie Freiberg, der Kunst- und Kunstgewerbeakademie Dresden, der Studentenschaft usw. teilnahmen. Nachdem der scheidende Rektor, Prof. Dr. ing. Binder, den Jahresbericht für das Jahr 1931/32 erstattet hatte, hielt der neue Rektor, Prof. Dr. ing. Reuther, seinen Antrittsvortrag über „Ausgrabung und Bauvorsprung“.

**Oberwiesenthal.** Skiläuferin tödlich verunglückt. In einer Waldschneise bei den Tellerhäusern prallte eine Skiläuferin aus Chemnitz, die die Gewalt über ihre Bretter verloren hatte, mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß sie sich schwere Kopf- und innere Verletzungen und einen Beinbruch zuzog. Die Verunglückte wurde dem Krankenhaus Oberwiesenthal zugeführt. Dort konnte jedoch nur noch der auf dem Transport eingetretene Tod festgestellt werden.

**Plauen.** Schwerer Zusammenstoß. Auf der Straße nach Reichenbach stießen kurz vor Plauen zwei Personenautos zusammen. Dabei wurde einer der Wagen etwa zehn Meter weit auf eine Wiese geschleudert. Die Insassen mußten sämtlich ins Krankenhaus gebracht werden. Ebenso mußte eine Frau, die in dem andern Wagen mitgefahren war, dem Krankenhaus zugeführt werden. Die beiden Fahrzeuge wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten.

**Limbach.** Selbstmord eines 19jährigen. Im Hohen Hain wurde am Sonntag der aus Chemnitz stammende und hier in Stellung befindliche 19 Jahre alte Walter Krämer erschossen aufgefunden. Wie die Abschiedsbriefe zeigten, liegt Selbstmord vor.

**Kirchberg.** Feuer durch Karbidexplosion. Im nahen Stangenrain ist am Sonntagabend das Wohnhaus von Oswin Schick, das von drei Familien bewohnt war, völlig niedergebrannt. Das Feuer ist auf das Explodieren einer Karbidlampe zurückzuführen.

**Kiesau.** Unfall auf der Bühne. Am Sonntagabend ereignete sich während der Theateraufführung des Meißner Allgemeinen Turnvereins auf der Bühne ein Sternfall ein bedauerlicher Unfall. Der mitwirkende Turner S. Beulig erlitt beim Verschmettern eines Porzellantopfes so schwere Verletzungen am Unterarm, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

**Leipzig.** Schmierer sinken. In letzter Zeit haben sich junge Leute in hiesigen Museen recht unangenehm bemerkbar gemacht, indem sie auf Rahmen und Schildern von ausgestellten Bildern und Urkunden Hakenkreuze trispierten. Derartige Schmierereien hat man im Museum für Länderkunde, in dem für Völkertunde und im Bildermuseum am Augustusplatz festgestellt. Leider konnten die Urheber dieses Unfugs noch nicht gefaßt werden.

## Wettervorhersage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 3. März.

Im wesentlichen Fortbestand des gegenwärtigen Witterungscharakters.

Weg zu bahnen an die Spitze der Nation und damit zur Führung Deutschlands in die Freiheit.

Hitler, das ist die Parole aller, die an Deutschlands Wiederaufstehung glauben. Hitler ist die letzte Hoffnung derer, denen man alles nahm, Haus und Hof, Ersparnisse, Existenz, Arbeitskraft und denen nur eins blieb: Der Glaube an ein gerechtes Deutschland, das seinen Volksgenossen wieder ihre Freiheit und Brot geben wird. Hitler ist für Millionen das erlösende Wort, weil sie heute verzweifeln und nur in diesem Namen einen Weg sehen zu neuen Wegen und neuem Schaffen. Hitler erfüllt das Vermächtnis der zwei Millionen toten Kameraden des Weltkrieges, die nicht starben für das heutige System der langsamen Vernichtung unseres Volkes, sondern für Deutschlands Zukunft. Hitler ist der seinen Feinden verhasste Mann aus dem Volk, weil er das Volk versteht und für das Volk kämpft.

Hitler, das ist der stürmische Wille der deutschen Jugend, die inmitten eines gesunden Geschlechts nach neuer Gestaltung ringt und den Glauben an eine bessere deutsche Zukunft nicht aufgeben will und kann; und darum ist Hitler das fordernde Signal und die Parole aller, die eine deutsche Zukunft wollen. Sie alle werden am 13. März den Männern des Systems, die ihnen Freiheit und Würde verprochen, aber Steine und Pfaffen statt Brot gaben, jurisieren: „Euch kennen wir zur Genüge, jetzt sollt ihr uns kennen lernen“.

Hitler wird siegen, weil das deutsche Volk seinen Sieg will.“

## Noch kein Abschluß der Notenbankkreditverhandlungen.

Berlin. Die heute in einem Teil der Morgenblätter und auch von uns auf Seite 5 gebrachte Meldung über die Verlängerung des Kreditkontokorrents der Reichsbank eilt nach Erlundigung des DSD. den Tatsachen voraus. Man rechnet mit einem Abschluß der Verhandlungen spätestens am 3. März. Die Behauptungen englischer Blätter, daß das Reuporter Komitee gegen jede Kreditrückzahlung protestiert habe, wird vom DSD. als unzutreffend bezeichnet.

## Polnische Zollvergeltungsmaßnahmen geplant.

Warschau. Der Beschluß der Reichsregierung, einen Zoll-oberzoll einzuführen, hat in Polen starke Erregung hervorgerufen. Fast die gesamte polnische Presse fordert von der Regierung sofortige Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland.

## Die Japaner im weiteren Vorrücken

Japanischer Heeresbericht. Schanghai. Am Mittwochvormittag Ortszeit eröffneten die Japaner nach einer während der ganzen Nacht andauernden Artilleriebeschleßung der chinesischen Linie einen großen Angriff auf der ganzen Front zwischen Kiangwan und Schanghai. In den späteren Morgenstunden gab das japanische Hauptquartier die Meldung aus, die japanischen Truppen seien auf keinerlei Widerstand gestoßen und seien in ununterbrochenem Vorrücken gegen Tchang begriffen. Die Chinesen hätten ihre Stellungen an der Kiangwan-Front verlassen, indem sie im Laufe der Nacht unter dem Schutze der Dunkelheit den allgemeinen Rückzug durchgeführt hätten. Die Chinesen, so meldet das japanische Hauptquartier weiter, seien durch die heftige Beschleßung in den letzten Tagen aufs äußerste demoralisiert worden.

## Lindberghs Sohn entführt.

Lambertville (New-Jersey). Lindberghs 19 Monate alter Sohn ist am Dienstag aus dem Schlafzimmer entführt worden. Als Oberst Lindbergh vor dem Schlafengehen noch einmal das Kinderzimmer betrat, um nach seinem Söhnchen zu sehen, machte er die Entdeckung, daß das Kind geraubt war. Die Polizei arbeitet sieberhaft, um die Räuber aufzufinden zu machen. Die Kindesentführung hat im ganzen Lande großes Aufsehen erregt. Frau Lindbergh sieht im Mai erneut einem freudigen Ereignis entgegen.

## Spiel und Sport.

**Turner-Gau-Schwimmen in Zwickau.** Im Zwickauer Johannisbad standen sich die Mannschaften der Turnerschwimmer der Gau Bogtland, Westerzgebirge, Chemnitzer Industriegebiet und Mulde-Bleiße in einem Schwimmwettkampf gegenüber, der in der Hauptsache aus Staffeln und Wasserballspielen bestand. Die Mannschaft des Gau Bogtland-Bleiße siegte im Gesamtergebnis mit 170 Punkten vor dem Bogtland (165), dem Westerzgebirge (115) und dem Chemnitzer Industriegebiet (105).

**Dr. Senfahrt-Gedächtnislauf.** Am Sonntag trägt der Skiverband Sachsen seinen verbandsoffenen Dr. Senfahrt-Gedächtnislauf aus, der in Oberwiesenthal als Abfahrts- und Slalomlauf durchgeführt wird. Es ist mit einer starken Beteiligung aus ganz Sachsen zu rechnen.

**Skiläufe des Winterportvereins Geising.** Am kommenden Sonntag und Sonntag führt der Winterportverein Geising freisoffene Skiläufe durch und holt gleichzeitig sein früher ausgefallenes Polalspringen nach. Am Sonntagabendmittag findet ein Abfahrtslauf statt und am Sonntagvormittag folgt der 15-Kilometer-Langlauf (Nungmannen 8 Kilometer). Am Sonntagnachmittag wird dann an der Wettinschanze der Sprunglauf ausgetragen. Verteidiger des Sprunglaufpokals ist Willy Kluge-Altenberg.

**Eine bedauerliche Mitteilung** macht die „New Yorker Staatszeitung“, das Sprachrohr der deutschstämmigen Amerikaner in den Vereinigten Staaten, wonach es nicht möglich sein wird, die deutsche Olympia-Expedition mit dem in Aussicht genommenen Betrag von 40 000 Dollar zu unterstützen. Als Grund wird angegeben, daß die eingeleitete Sammlung keinen größeren Erfolg gehabt hat und erst 3000 Dollar eingegangen sind.

**Die ADAC-Ostpreußenfahrt,** die schon seit vielen Jahren mit großem Erfolg und zahlreicher Beteiligung der Kraftfahrer aus ganz Deutschland zur Durchführung gebracht wurde, findet diesmal vom 27.—29. Mai statt. Sie berührt ganz Ostpreußen sowie Danzig. Reichspräsident von Hindenburg hat das Protektorat übernommen.

**Einen „Hindenburg-Preis“ zur Förderung des Segelfluges 1932** schreibt die Rhön-Rositten-Gesellschaft aus. Der Preis wird dem Bewerber zuerkannt, der die beste Gesamtleistung auf Segelflügen während der Dauer der Ausschreibung (1. März bis 31. Dezember 1932) erzielt hat.

**Carnera schlug Pierre Charles,** den früheren Europa-Schwergewichtsmeister, im Pariser Sportpalast nach Punkten. Walter Reusel-Böckum feierte einen weiteren L.-o.-Sieg, diesmal über den Dänen Sören Peterlen in der 5. Runde.

## Oesterreichs Nationalmannschaft in Dresden.

Der bereits seit langer Zeit vereinbarte Fußballkampf zwischen Mittelddeutschland und Oesterreich ist jetzt auf den 24. April in Dresden festgelegt worden. Im Rahmen des Mitteldeutschen Verbandstages wird am 14. August in Dessau das Länderspiel Mitteldeutschland gegen Tschchoslowakei durchgeführt. Voraussichtlich werden die Tschechen zwei Tage später noch in Chemnitz einer anderen mitteldeutschen Mannschaft gegenüberzutreten.

# Tages-Chronik.

Bei der Grabrede vom Schläge getroffen. Bei der Beerdigung eines Gemeindeglieds im Dortmund der Stadtteil Uffeln wurde der die Grabrede haltende Pfarrer bei der Predigt von einem Gehirnschlag getroffen. Der Pfarrer stürzte in das offene Grab, aus dem man ihn nur als Toten bergen konnte.

Überfall auf dem Bahnhof Sondelfingen. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Auf dem Bahnhof Sondelfingen bei Reutlingen wurde kurz nach Mitternacht der diensttunende Beamte, Reichsbahnassistent Beit, im Fahrdienstzimmer überfallen und getötet. Der Beamte wurde kurz nach Durchfahrt des letzten Zuges um 0.15 Uhr von einem auf Hilfsreise herbeigekommenen Weichenwärter neben seinem Schreibtisch liegend schwerverletzt aufgefunden. Er hatte mehrere Messerstiche in der Brust. Ein auf ihn abgegebener Pistolenschuß war vom Schlüsselbein bis in die Nierengegend durchgedrungen. Der Beamte muß überfallen worden sein, während er mit der Gelbabrechnung beschäftigt war. Der Täter, der es auf den Kassenraum abgesehen hatte, ließ das Geld, das zur Ablieferung bereit lag, ruhig liegen und flüchtete unerkannt.

Großfeuer in Cranhwinkel. Frühmorgens gegen drei Uhr wurden die Einwohner von Cranhwinkel durch Feueralarm aus dem Schlaf geschreckt. Es stand eine Schneidemühle in hellen Flammen. Da nur die Cranhwinkel Feuerwehr sofort zur Stelle war, konnte ein Umsichgreifen des Feuers nicht verhindert werden, so daß die Schneidemühle mit allen Nebengebäuden, drei größeren Scheunen, einem Stall und einem Wohnhaus verbrannten. Im letzten halben Jahr sind 3 Sägewerke Opfer von Bränden geworden.

Eiferjudstahl. Der in den Eisenwerken von Hagen-lingen arbeitende Kranführer Nierengarten drang in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau in Knechtlingen ein und fand sie in Gesellschaft eines Mannes. Er gab auf das Paar mehrere Schüsse ab, wobei die Frau lebensgefährlich verletzt wurde. Nierengarten selbst wurde am anderen Morgen in einem Garten als Leiche aufgefunden. Er hatte sich erschossen.

Folgeschwerer Justizirrtum. In dem Weiler Ewendorf im Kanton Sierk hat die Landwirtin Frau Berger jetzt eingekerkert, im Jahre 1913 im Anwesen des Landwirts Hout zwei Brandstiftungen verübt zu haben, wodurch das Anwesen zerstört wurde. Damals war ein junger Bauernsohn namens Benning der Brandstiftung angeklagt und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auf das Urteil hin verließ der junge Mann, der stets seine Unschuld beteuert hatte, in unheilbaren Irrsinn. Er befindet sich noch jetzt in der lothringischen Bezirksirrenanstalt als Opfer eines Justizirrtums, der nicht mehr gutgemacht werden kann.

Leuchtgasunglück in Lemberg. In einem Hause in der Zolkiemer Straße in Lemberg war in der Nacht im Keller das Gasrohr geplatzt. Das Gas drang durch die Decke in die darüberliegenden zwei Wohnungen. Zwei Familien mit insgesamt neun Personen trugen Leuchtgasvergiftungen davon. Als die Nachbarn durch den Gasgeruch aufmerksam gemacht in die Wohnungen eindrangen, fanden sie ein sechsjähriges Mädchen und einen achtzehnjährigen jungen Mann bereits tot auf, während die übrigen Vergifteten noch Lebenszeichen von sich gaben; sie wurden ins Krankenhaus gebracht.

Einbrecher ermorden zwei Kinder. In der Wohnung der Arbeiterin Witkowsk in Warschau wurden deren beide Kinder im Alter von vier und elf Jahren ermordet aufgefunden. Da die in der Wohnung befindlichen Möbel erbrochen und durchwühlt waren, wird angenommen, daß die Mörder es lediglich auf einen Einbruch abgesehen hatten und dabei von den Kindern überrascht wurden.

Verkehrsflugzeug ins Meer gestürzt. Auf der Luftverkehrslinie Frankreich-Südamerika ist ein Flugzeug der Gesellschaft Aero Postale ins Meer abgestürzt, wobei vier Personen den Tod gefunden haben. Die Maschine stieg in Buenos Aires auf, um nach Rio de Janeiro zu fliegen. Zwischen Montevideo und Pelotas geriet sie in einen schweren Sturm und stürzte ab. Einige Postfächer, die sich an Bord befanden, sind bei Grande ans Ufer gespült worden.

## Aus dem Gerichtssaal.

### Sklarek-Prozess

Wie der Skandal aufgedeckt wurde.

In der Dienstag-Sitzung des Sklarek-Prozesses erklärte der Zeuge Revisor Neumann: Die Revisoren haben jedesmal vom Vorstand einen Anschauener bekommen, wenn sie den Sklarek-Kredit prüften.

Der Zeuge Fabian schilderte dann, wie er als Revisor den Anstoß zur Aufdeckung des Sklarek-Falles im September 1929 gab. Er habe festgestellt, daß 709 000 RM Sklarek-Forderungen gegen das Bezirksamt Spandau bevorzugt waren, während der ganze Spandauer Etat nur 205 000 RM betrug. Obwohl die Angelegenheit sofort dem Vorstand gemeldet wurde, habe man tagelang überhaupt nicht gemerkt, daß die Sache vorwärtsging. Von Direktor Hoffmann und Bandezus habe er Anweisung erhalten, über die ganze Angelegenheit zu schweigen. Als bekannt wurde, daß er, Fabian, mit dem Bürgermeister von Spandau eine Unterredung über die Angelegenheit vereinbart hatte, habe ihm sein Vorgesetzter mitgeteilt, Direktor Schmidt habe dienstlich verboten, mit Bürgermeister Strippe zu sprechen. Da sein Vorgesetzter das Wort „dienstlich“ betonte, habe er den Wint verstanden und sich mit dem Bürgermeister privatim in Verbindung gesetzt, der dann einen Bericht an den Kammerer und Bürgermeister Scholz abschnitt.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende den Beschluß, daß die Zeugen Hoge und Schroeder nicht verurteilt werden, weil sie als Teilnehmer einer strafbaren Handlung verdächtig seien. Alle übrigen Zeugen wurden dann verurteilt.

### Urteil im Millionen-Erbchaftsprozess

Nach sechswöchiger Verhandlung verkündigte die Große Strafkammer Breslau als Berufungsinstanz das Urteil in dem sogenannten Millionen-Erbchaftsprozess. Die Berufung der Verurteilten sowohl wie die der Staatsanwaltschaft wurde verworfen. Die Hauptangeklagten, die beiden Schwestern Frau Anna Hartmann und Hedwig Schneider

aus Langeweise bei Sibyllenort, hatten einen größeren Personenkreis davon zu überzeugen gewußt, daß sie Erbinnen eines 200 Millionenvermögens seien, das ihnen der Kapitän Bänich im Jahre 1839 in Paramaribo (Holländisch-Südamerika) hinterlassen habe; die Erbschaft werde ihnen aber von bestimmter Seite vorenthalten, werde jedoch demnachst zur Auszahlung kommen. Auf diese Aussicht hin gaben zahlreiche Personen hohe Darlehen, wofür sie Zessionen auf die Erbschaft erhielten.

Frau Schneider wurde wegen fortgesetzten vollendeten und versuchten Betruges wiederum zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt, Frau Hartmann aus § 51 wiederum freigesprochen. Der Rechtsanwalt Dr. Stiller-Glah erhielt wegen Beihilfe zum Betrug in vier Fällen vier Monate Gefängnis. Der Angeklagte Anton Weidemann erhielt zwei Monate zwei Wochen Gefängnis bei Strafauflage. Franz Weidemann 70 Mark Geldstrafe, der Schwiegerjohn der Frau Schneider wie in erster Instanz vier Monate Gefängnis. Ebenfalls zu vier Monaten Gefängnis wurde der Angeklagte Volkmer verurteilt, der Angeklagte Mader erhielt eine Geldstrafe von 150 RM.

### Hackebell bleibt in Haft

Vor dem Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Witke fand ein Haftprüfungstermin für den Generaldirektor Guido Hackebell statt. Der Richter lehnte die beantragte Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis ab, da noch zwei Direktoren der Danabank in das Verfahren verwickelt seien und somit Verdunkelungsgefahr bestehe. Außerdem hielt der Richter auch die Gefahr des Fluchtverdachts für vorliegend. Das Verfahren gegen Hackebell, dem Untroue als Aufsichtsratsvorsitzender der Hackebell A.-G., Finanzverschleierung, zwei Betrugsfälle und anderes vorgeworfen wird, soll außerordentlich beschleunigt werden.

Betriebsrat darf keine Parteipolitik treiben. Mit den allgemeinen Befugnissen der Betriebsräte hat sich das Reichsarbeitsgericht in einer Entscheidung RMG. Nr. 83/31 beschäftigt. Es spricht darin aus, daß Art. 118 der Reichsverfassung zwar die freie Meinungsäußerung gewährleiste, das Betriebsratsmitglied aber nicht seiner Pflicht enthebe, in seinem Handeln als Betriebsratsmitglied die sich aus dem Betriebsrats-Gesetz für ihn ergebenden Pflichten zu beobachten. Die Zulassung einer Resolution zur Abstimmung der Betriebsversammlung durch den Betriebsrats-Vorsitzenden, die nicht Betriebsangelegenheiten der an der Versammlung beteiligten Arbeiterschaft betrifft, sondern sich mit allgemeinpolitischen Angelegenheiten befaßt, und die ihrem Inhalt nach geeignet ist, Unfrieden und Unruhe in die beteiligten Betriebe zu bringen, enthalte nicht nur einen Verstoß gegen die sich für den Betriebsratsvorsitzenden als Einberufer der Betriebsversammlung ergebenden Pflichten aus den §§ 45 ff. des Betriebsräte-Gesetzes, sondern stelle auch eine gröbliche Verletzung der sich für ihn als Mitglied des Betriebsrats aus § 66 Nr. 3 und 6 des Betriebsräte-Gesetzes ergebenden Pflichten dar. Insbesondere dürfe der Betriebsrat weder betriebsfremde Personen, soweit sie nicht unter § 47 des Betriebsräte-Gesetzes fallen, zu Worte kommen lassen, noch auch eine Verhandlung zulassen, die über den Kreis der Angelegenheiten der beteiligten Betriebe hinausgeht.

**„Klapp — Schnapp“**  
Neuer Aufwacht- u. Zuriichte-, Arbeits-, Kinder-, EB- und Spieltisch DRGM. Nr. 1206 191  
Vor Anschaffung eines Aufwachtisches überzeugen Sie sich von der Neuerung  
Alleiniger Hersteller:  
**Tischlermstr. Richard Fleischer, Krippen**

**Bruchleidende!**  
fallen leider noch zu oft auf Inzerate herein wie Bruchheilung usw.; leider merken sie zu spät, daß sie ein Opfer geworden u. viel Geld noch dazu los sind. Wenden Sie sich deshalb nur an einen richtigen Fachmann. Bin zirka 30 Jahre im Beruf prakt. tätig und einer der ersten Spezialisten für federlose Fernien-Bandagen „Wittnia“. Wenden Sie sich vertrauensvoll an mich. Garantie für jede gelieferte Bandage, daher kein Mißlo. Nur Maßarbeit, genau dem Bruch entsprechend. Von Ärzten verordnet u. empfohlen. Tags und Nachts bequem zu tragen, hält den Bruch wie eine schützende Hand von unten nach oben hin retour. Ferner Maßklebbinden, Plattfussentlagen u. Gummistrümpfe. Ausst. gern u. kostentl.  
**Sprechstunde:** in Bad Schandau im Hotel zum Anker am Freitag den 4. März von 9-6 Uhr.  
Witt's Bandagen-Spezialhaus Löbau in Sa., Marktstr. 9. Eigene Fabrik. Lieferant für Krankenhäuser u. Behörden, sowie Versorgungsämter. (Weiterer Sprechst.: Königstein: Sonnabend, Hotel Stadt London. Pirna: Montag im Hotel Schwarzer Adler).

**Landmesser**  
**M. Heinecke**  
Büro und Wohnung **jetzt**  
**Pirna, Bahnhofstr. 15c**  
nahe der Kraftverkehrs-Haltestelle am Hotel „Goldener Stern“

**Familien-**  
freude und Leid spiegeln sich im Angehörtel der „Sächs. Elbzeitung“ wieder. Zeigen Sie darum auch Ihren Freunden und Bekannten alle wichtigen Familienereignisse an  
**Unentgeltlich**  
kann bis auf weiteres **Schnitt u. Wische**  
zur Auffüllung beim **Forsthaus Rietzschtal** abgeladen werden.  
Der Besitzer

  
Freitag, d. 4. März 1932, abends 1/9 Uhr  
**Monats-**  
**versammlung.**  
im Vereinsheim  
Zahlreiches Erscheinen erwartet **der Vorstand**  
**Berücksichtigen Sie unsere Inzerenten**

**Kauft Zwingerlöse zu 1 Mark**  
bei allen Kollektoren oder direkt vom **Heimatverein, Dresden.**  
A 1, Schießgasse 24  
Postcheckkonto Dresden 15835, Stad giro Dresden 610  
**Gesamtgelddewinne 160 000 Mark**  
Ziehung 12. u. 14. 3.

**Bestlagnahmefreie Wohnung**  
zu vermieten Königstein, Schandauer Straße 155 H/J (Küche, 3 Zimmer u. Zubehör) Monat. 34 M., 1. April zu beziehen ev. später.

  
**Erster öffentl. Frauenabend**  
der NSDAP.  
D. G. Bad Schandau  
Donnerstag, d. 3. März, abends 8 Uhr im **Hotel „Zur Krone“**  
Lebensfrisch eingetroffen:  
**Geßlachs, 20**,  
**Gablian, 25**,  
**Filet, 30**,  
10 Stk. **Fettberinge 45**  
**Emil Pfau**  
Mehr Inzeration — mehr Käufer!

**Soeben eingetroffen**  
in großer Auswahl zu billigsten Preisen  
**Elegante Frühjahrs - Mäntel**  
**Reizende Kleider**  
für Damen und junge Mädchen und für die Konfirmation  
**ARTHUR RÖMER**  
Bad Schandau Poststraße 143

**Sonniges, möbliertes Zimmer**  
zu vermieten. Anzusage in der Elbzeitung  
**Gucken Sie Geld?**  
wie 1., 2. Spp., Betriebsg. usw.? Kostenl. Ausst. durch **Oskar Lorenz, Neustadt, Sebinger Straße 27.**

**Skat** listen, Doppelkopflisten liefert die Geschäftsstelle d. Sächs. Elbzeitung.

**Spielplan der Dresdner Theater vom 3. bis 6. März**  
**Opernhaus.**  
Donnerstag: Boris Godunow, 1/28. Freitag: 5. Sinfonie-Konzert. Doffil. Hauptprobe, 1/212. Sonnabend: Die ägyptische Helena, 8. Sonntag: Siegfried, 1/26.  
**Schauspielhaus.**  
Donnerstag: Rein öffentl. Kartenverkauf. Freitag: Stella, 8. Sonnabend: Vor Sonnenuntergang, 8. Sonntag: Goethe-Morgensfeier, 1/212, Vor Sonnenuntergang, 1/28.  
**Albert-Theater.**  
Donnerstag: Gastspiel Hermine Körner: Ihr Korporal, 8. Freitag: Zapfenstreich, 8. Sonnabend: Gastspiel Hermine Körner: Seimat, 8. Sonntag: Saydn-Feier, 4. Zapfenstreich, 8.  
**Die Komödie.**  
Donnerstag bis Sonnabend: Der Mustergatte, 1/29. Sonntag: Klavierkonzert Hermann Drems, 1/212. Freie Bahn dem Sächsischen, 1/23. Die spanische Fliege, 1/25. Der Mustergatte, 1/9.  
**Residenz-Theater.**  
Donnerstag bis Sonntag: An der schönen blauen Donau, 8. Sonntag auch 1/24.  
**Central-Theater.**  
Donnerstag bis Sonntag: Das Weibchen von Montmartre, 8. Außer. Sonnabend: Die Königin der Luft, 1/25, und Sonntag: Im weißen Rössl, 1/25.

Wahrung eingetragene Grundbesitzrechte gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Grundbesitzer. Hierzu sind die Eltern auch dann berechtigt, wenn die Hypothek oder das Grundbesitzrecht durch den Grundbesitzer selbst nicht eingetragen ist.  
**Schreibmaschinen-Durchschläge?**  
oft eine zeitraubende Arbeit!  
Wir drucken Rundschreiben, Ankündigungen, Werbeschreiben usw. auch in Schreibmaschinenschrift schnell und preiswert.  
**Buchdruckerei der Sächsischen Elbzeitung**  
Bad Schandau - Fernruf 22

Das Deutschtum in China.

Von Dr. Friedrich Otte, Professor a. D. Reichsuniversität Peking.

Nirgendwo in Asien ist das Deutschtum so stark vertreten und der Deutsche so beliebt wie in China. Er geht nie als Auswanderer hin, sondern will wieder zurück in die Heimat, mit der ihn seine Tätigkeit in China dauernd verbindet.

Das Auslandsdeutschtum wird seit dem Weltkriege in Deutschland stärker beachtet als vordem; mit Recht, das Schicksal der Auslandsdeutschen, sei es in Polen, Litauen, Sowjetrußland, China, ist heute eine Art politischen und wirtschaftlichen Barometers für die Stellung des Deutschen Reiches in der Welt überhaupt. Der Deutsche im Auslande, also auch der in China, tritt im Weltkriege oder als Folge desselben vielfach viel schwerer als der Inlandsdeutsche. Nicht aber, weil die Chinesen ihn schädigen wollten, sondern weil andere durch die Vernichtung des Deutschtums in China große Vorteile für sich erwarteten. Diese Hoffnung trug, Japan allein schöpfte den Rahm ab.

Wiederum steht sich seit September vorigen Jahres das Deutschtum in China fast allervorts einer Krise gegenüber, die vielleicht an Schwere der von 1914 bis 1919 gleichen wird; ihre Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen des Reiches mit dem Fernen Osten sind bereits fühlbar. Auch die Teilnahme des Reiches an der in die Mandchurei entsandten, ziemlich überflüssigen Völkerbundskommission stimmt in Erinnerung an frühere Vorkommnisse — Friede von Schimonoseki 1895, Waldsee zur Vorkriegszeit 1900 — nachdenklich. Gutes kam nie dabei heraus.

Als Preußen 1859 den Grafen zu Eulenburg nach China entsandte, wußten die Chinesen nicht einmal, daß es ein Preusse oder Deutschland gab; die Engländer erklärten sie darüber auf. So lehnte sich denn auch der preussische Vertrag mit China von 1861 engstens an das englische Vorbild an. Der Vertrag blieb dann für das Deutsche Kaiserreich grundlegend bis 1917, d. h. bis der Druck der Alliierten China in den Krieg gegen Deutschland hineinzwang.

In die Zeit von 1895 bis 1914 fällt der Höhepunkt der deutschen Stellung im Fernen Osten. 1897 hatte Deutschland die Kiautschuanbuchse besetzt, und zwar aus Besorgnis, daß es bei der 1895 als Folge des japanischen Sieges drohenden Aufteilung Chinas wiederum zu spät kommen würde. Von 1900 ab war die Haltung Deutschlands passiv, nachdem es sich durch ein „Gentleman“-Abkommen mit England verpflichtet hatte, einer Aufteilung Chinas entgegenzuwirken. Dafür scheint diese jetzt im Gange zu sein! Auch die Chinesen sahen im Deutschen nach 1900 in der Hauptsache einen politischen Freund und Kulturmissionar. Das kam uns später zufluten.

Ueberraschend war die Zeit bis zum Weltkriege. Am 7. November 1914 nahm Japan Kiautschuan; die Chinesen durften es nicht zurücknehmen, wie der deutsche Geschäftsträger in Peking, v. Falken, es wollte. Die Chinesen benahmten sich uns gegenüber freundlich, aber sie waren damals ebenso wenig Herr im eigenen Hause wie heute, schon wegen ihrer ewigen inneren Streitigkeiten. Mehrere Male wurde der Versuch gemacht, die Chinesen zur Ausweisung aller Deutschen zu bewegen, aber erst 1918, nach dem Novemberzusammenbruch, gab es sie nach. Anfang 1919 verschwand dann fast das gesamte Deutschtum aus China, über 2500 Männer, Frauen, Kinder wurden auf wenigen englischen Schiffen zusammengepackt nach Deutschland zurückbefördert, nur wenige Lehrer an chinesischen Schulen, einige Alte, Kranke oder Reiche, welche die nötigen Befreiungsgelder aufbrachten, blieben zurück. Von Mitte 1919 bis Mitte 1920 hatte das Deutschtum in Asien praktisch aufgehört zu bestehen. Doch sofort setzte die Rückwanderung ein, die Chinesen halfen, gaben das Eigentum zurück, und der Wiederaufstieg von Handel, Schifffahrt und kultureller Betätigung begann. Hierzu einige Zahlen.

1914 gab es in China 273 deutsche Firmen und 3110 Deutsche; 1920 9 und 1010; 1930 297 und 3010, davon 1400 in Schanghai. Deutschlands Anteil an der Schifffahrt war dem Tonnengehalt nach im Auslandsverkehr 1913 6,77 v. H., 1930 2,73 v. H., der Anteil am Außenhandel nach chinesischen Angaben Einfuhr 1913 4,8 v. H., 1930 5,3 v. H.; Ausfuhr 1913 4,2 v. H., 1927 bis 1930 zwischen 2 bis 3 v. H. Die Außenhandelszahlen besagen wenig wegen der Verschiffungen über Hongkong, Holland, Belgien, England usw. Aus den Zahlen ergibt sich überdies nicht die veränderte Stellung des Deutschen in China verglichen mit der Vorkriegszeit.

Der Deutsche untersteht jetzt chinesischer Gerichtsbarkeit, dagegen Japaner, Franzosen, Amerikaner u. a. noch nicht. Dann sind die deutschen Firmen, obgleich zahlreicher als vor dem Kriege, doch bei weitem nicht mehr so kapitalkräftig. Das gleiche gilt für den einzelnen Deutschen. In die gut bezahlten Stellen in der chinesischen Zoll-, Post- oder Salzverwaltung werden Deutsche nicht mehr hineingelassen, sondern nur Japaner und frühere alliierte Staatsangehörige; vor dem Kriege waren über 200 Deutsche in solchen Stellen. Die deutschen Lehrer an den Hochschulen, die Ingenieure bei den Provinzialregierungen, die Berater bei den Regierungen werden selten regelmäßig bezahlt oder verlieren sogar große Teile ihrer vertraglich bestimmten Gehälter. Das politische Ansehen des Reiches ist eben dahin, das sieht auch der Deutsche in China; nur die einzelne Persönlichkeit zählt.

In einer Hinsicht hat die Krise von 1914 bis 1919 Gutes gewirkt. Die Deutschen in Ostasien rückten nach dem Kriege enger zusammen. Die deutschen Klubs wurden besser besucht, neue wurden gegründet. Die deutschen Schulen in den Hauptorten konnten ebenfalls wieder eingerichtet werden. Ob sie jetzt halten werden? Auch die Missionen bestehen weiter. In der deutschen Lingchi-Hochschule in Wusung wurde, ebenfalls mit chinesischer Hilfe, eine in ganz Asien einzig dastehende deutsche Kulturstätte geschaffen, in der die Arbeiten der Tsingtauer Hochschule (1909 bis 1914) und der Schanghaier Medizinschule — gegründet 1906 — fortgesetzt und verbreitert wurden, besonders nach der Richtung der technischen Fächer hin. Es ist ein übles Verhängnis, daß gerade diese Hochschule im Mittelpunkt des Geländes der Schlacht um Schanghai liegt. Vieles ist bereits dort vernichtet worden. — Auch deutsche Handelskammern sind in fast allen Hauptorten mit Erlaubnis der chinesischen Regierung errichtet worden. Die Tätigkeit des Kaufmanns überwiegt selbstverständlich an wirtschaftlicher Bedeutung die anderer Deutscher in China, aber der deutsche Gelehrte, Arzt, Ingenieur und Lehrer half dem Ansehen des Deutschtums, denn in bezug auf das bloße Geldverdienende ist der Chinese von Haus aus etwas misstrauisch. Vielversprechend waren auch die Aussichten auf die Luftverbindung zwischen Deutschland und China; auch das ist wohl vorläufig vorbei.

Es wäre zwecklos, sich über die Aussichten des Deutschtums in China, ja sogar des europäischen Wirkens in Ostasien allzu rosigem Hoffnungen hinzugeben. Die Finanzlage

Finnische Regierung zum Lappo-Aufstand

Neuer Einberufungsbefehl

Kabinettkrise in Finnland.

Helsingfors. Die Regierung veröffentlichte am Dienstag eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß die Aufstandsbewegung von Mantsälä allgemein verurteilt wird. Armee und Schutzkorps seien bereit, alle Unruhen zu unterdrücken. Die Regierung hofft, daß jene Bürger, die sich durch die Lappo-Bewegung zum Ungehorsam haben verleiten lassen, ihre gefährlichen Pläne aufgeben werden.

Gegen Mittag sind starke Abteilungen der Regierungstruppen nach Mantsälä entsandt worden, um die Lappolente zur Uebergabe zu zwingen.

Die Lappo-Zeitung hat am Dienstag einen neuen Befehl erlassen, wonach alle Lappolente sich für vier Tage mit Lebensmittel versehen an den Sammelpunkten einzufinden haben. Ferner wird noch einmal der Rücktritt der Regierung von Solla verlangt. Die Verhaftung der Lappo-Führer konnte bisher noch nicht erfolgen, weil sie sich von Haemonlinna weiter nach Norden, wahrscheinlich nach Lappo, begeben haben.

Es hat den Anschein, als ob es sich bei dem Mantsälä-Unternehmen um ein verfrühtes Loslösen der Lappolente handelt, die seit längerer Zeit den Plan hatten, durch einen allgemeinen Putsch ein Lappodiktator auszurufen. Dieser Plan der Lappolente scheint mit einem Mißerfolg zu enden.

Die finnische linksbürgerliche Presse mißbilligt das Vorgehen der Lappos auf das schärfste. Die Mänter der konservativen Sammlungspartei, die der Lappobewegung bis zu einem gewissen Grade nahesteht, äußern sich sehr zurückhaltend, verlangen jedoch den Rücktritt der Regierung.

Helsingfors. Innerhalb der finnischen Regierungskoalition ist es zur Krise gekommen. Die der Lappobewegung nahestehende konservative Sammlungspartei hat ihre Vertreter aus dem Kabinett zurückgezogen. Der Vizeminister des Innern Solla und der Sozialminister Kilpaleinen sind bereits zurückgetreten, während der Finanzminister Jaervinen erst zurücktreten wird, wenn sich für ihn ein Nachfolger gefunden hat. Der vierte Minister der Sammlungspartei, der Außenminister Koskinen, weilt zur Zeit in Genf. Durch diesen Beschluß, ihre Minister abzuberufen, stößt die Sammlungspartei die Forderungen der Lappopartei moralisch. Der Gesamtrücktritt der Regierung wird erwartet. In einer Erklärung mißbilligt die Sammlungspartei das Vorgehen der Regierung gegen Lappo.

General Wallenius und Kosola haben sich zum Sammelpunkt der Lappolente nach Mantsälä begeben, wo in den Abendstunden große Mengen von Waffen, Munition und Proviant eingetroffen sind. Die Lage ist nach wie vor sehr gespannt. Bisher hat die Regierung noch keinen Oberbefehlshaber ernannt. Auch blieb die erwartete Erklärung der Regierung über die politische Lage im Reichstag aus. Die Parteien billigten lediglich die Regierungsverordnung über den verstärkten Schutzstatus.

vguas ut tatajtoppai, auch die der Privatman, nachdem die Japaner, um ihre Rechte zu wahren(?), ausgerechnet das größte chinesische Industriezentrum — Schapei in Schanghai —, wo die chinesische Baumwollkonkurrenz der Japaner liegt, vernichtend getroffen und in der Mandchurei die Hand auf alles gelegt haben, was Wert hat. Wo Japan die Macht gewann, so in Korea und Formosa, hatten weder Amerikaner noch Europäer etwas zu suchen. Die Nachricht, die deutsche Regierung habe die Rückkehr aller Deutschen aus China angeordnet, ist ja nun allerdings unrichtig; aber empfindlich geschädigt wurde das Deutschtum in China jetzt bereits wieder einmal, auch haben chinesische Firmen in Schanghai, die bis vor kurzem regelmäßig in Deutschland bestellten, ihre Aufträge widerrufen müssen. Die Aussichten, daß sich die Märkte in Ostasien und Vorder- und Hinterindien in Bälde beleben würden, sind infolge des japanischen Vorgehens noch geringer geworden als sie bereits waren.

zwischen den chinesischen und japanischen Vertretern erörterten Vorschläge als unannehmbar betrachteten da sie die gleichzeitige Zurückziehung der chinesischen und japanischen Truppen vorsehen.

Chinas Vorbehalte

Schanghai, 2. März.

Der augenblicklich in Schanghai weilende Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, Quo Tai Tschin, erklärte, wenn Tokio nicht bereit sei, einer gleichzeitigen beiderseitigen Rückziehung zuzustimmen, würde dies alle Hoffnungen auf eine friedliche Regelung zerstören. Der gleichzeitige beiderseitige Rückzug der Truppen sei eine sine-qua-non-Bedingung für die Einstellung der Feindseligkeiten.

Im Verlauf der chinesisch-japanischen Besprechungen in Schanghai sind bisher nur geringe Fortschritte erzielt worden.

Die Schlacht von Schapei dauert noch an. Die durch die japanischen Granaten in Schapei verursachte Feuerbrunst hat die noch bestehenden Reste der zerstörten Häuser vernichtet. 712 verletzte chinesische Soldaten sind in die ausländische Konzessionszone eingeliefert worden.

Pulvermagazin explodiert

Etwas 100 Tote und Verletzte

Ein chinesisches Pulvermagazin in Mahschjaku, einem Vorort von Charbin, ist in die Luft geflogen. Etwas 100 chinesische Wachmannschaften und Zivilpersonen wurden getötet und verletzt.

Geld erhält die Freundschaft.

Paris, 2. März.

Vor dem Finanzausschuß der Kammer begründete Ministerpräsident Lardieu den Gesekentwurf, durch den das Schahamt ermächtigt werden soll, der Tschechoslowakei eine 600-Millionen-Franc-Anleihe zu bewilligen. Lardieu erklärte, daß diese Unterfertigung der tschechoslowakischen Regierung vom allgemeinen Standpunkt der Politik in Mitteleuropa nützlich sei. Der Finanzausschuß nahm den Gesekentwurf an.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Anfall oder Selbstmord?

Nürnberg. Der Inhaber der Bankkommandite M. Späth u. Co., der Bankier Max Löwenstein, stürzte am Montagabend vom Balkon seiner im 3. Stock gelegenen Wohnung in den Hof hinab. Dabei zog er sich so schwere Verletzungen zu, daß er am Dienstag früh starb. Ob Anfall oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung erst noch ergeben.

Anschlag auf einen städtischen Beigeordneten in Neviqes.

Wuppertal. Am Montagabend wurden, wie erst jetzt bekannt wird, auf die Wohnung eines Beigeordneten in Neviqes fünf Schüsse abgegeben. Vier Geschosse gingen in die Hauswand, während das fünfte eine Fensterscheibe durchschlug und in die Decke eines Zimmers drang. Verletzt wurde niemand. Bisher hat man die Täter noch nicht ermitteln können. Politische Gründe scheinen dem Anschlag nicht zugrunde zu liegen, da der Beigeordnete politisch nicht hervorgetreten ist.

Matuschka verlangt ein Denkmal.

Wien. Silvester Matuschka macht in seiner Haft so wohl der Gefängnisdirektion als auch den Psychiatern schwer zu schaffen. Seit einiger Zeit leidet er unter Anfällen, die zeitweise in Tobsucht ausarten, so daß er nicht nur in der Zelle, sondern auch bei den Spaziergängen von den übrigen Sträflingen getrennt werden muß. Bei diesen Anfällen schreit Matuschka: „Ich will ein Denkmal. Ich habe mir durch meine Erfindungen ein Monument verdient! Hier, an dieser Stelle, muß das Denkmal errichtet werden!“ Man ist sich jedoch darüber nicht schlüssig, ob Matuschkas merkwürdiges Gebaren nur auf Simulation beruht, oder ob es sich tatsächlich um Symptome von Geistesstörung handelt.

Bobunglück im Semmeringgebiet.

Wien. Im Semmeringgebiet geriet ein mit sechs Personen besetzter Bierzug dadurch ins Schleudern, daß die Bremse nicht genügend wirkte. Dadurch verlor der Führer die Herrschaft über den Bob, der mit voller Wucht ein Eisen-gelände durchbrach und eine 15 Meter tiefe Wöschung hinabstürzte. Der Führer des Bobs war sofort tot, ein Mitfahrer erlitt einen Oberschenkelbruch und innere Verletzungen, die übrigen vier Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Wieder 12 Personen an der russisch-rumänischen Grenze erschossen.

Bukarest. Acht rumänische Familien, die aus Rußland nach Rumänien zu entkommen versuchten, wurden am Dnestr von einer russischen Grenztruppe überrascht, wobei 12 Personen getötet wurden. Die anderen Flüchtlinge entkamen nach Rumänien.

Großangriff der Japaner.

Schanghai, 2. März.

Die japanischen Streitkräfte gingen an der ganzen Schapei-Front erneut zum Angriff über. Sie drangen allmählich im Bezirk des Hongtew-Partes in südlicher und westlicher Richtung vor. Die Chinesen leisten erbittert Widerstand. Auch an der Kiangwan-Front ist ein Angriff im Gange. Japanische Flugzeuge und Artillerie werfen unaufhörlich Bomben auf Schapei.

Zwei Minen explodierten 15 Meter vor dem japanischen Flaggschiff Idzumo und einem anderen japanischen Kreuzer auf dem Whangpu-Fluß. Die Explosion erschütterte die ganze Stadt, deren Bewohner an einen Erdstoß glaubten. Die Schiffe sind unbeschädigt geblieben.

Die japanische 11. Division in Stärke von 12 000 Mann ist an der Yangtschumündung gelandet worden.

Nach einer sowjetamtlichen Meldung aus Schanghai sind in Schanghai in den letzten Tagen insgesamt 30 000 Mann neuer japanischer Truppen eingetroffen. Die Gesamtzahl der japanischen Truppen an der Schanghai-Front wird in dieser sowjetrussischen Meldung mit 60 000 Mann angegeben.

Die Stimmung in den amtlichen japanischen Kreisen in Schanghai ist trotz der Vermittlungs-Verhandlungen nicht sehr optimistisch. Japanische militärische Kreise wollen von keinerlei Verhandlungen über eine Truppenzurückziehung wissen. General Uyeda ließ erklären, daß er über Vermittlungsoverhandlungen nicht unterrichtet sei. Das japanische Ultimatum, das die Zerstörung der chinesischen Eisenbahnlinien androht, hat bei den chinesischen Militärbehörden außerordentliche Bestürzung hervorgerufen. Sie erklären, daß durch diese Drohungen alle Hoffnungen auf eine allgemeine Vermittlungskonferenz vernichtet worden seien.

Russische Truppenansammlungen?

Im japanischen Außenministerium ist ein Bericht des japanischen Konsuls in Wladivostok eingelaufen, daß zwei russische Armeekorps in der Nähe von Wladivostok zusammengezogen worden seien. Weitere 100 000 Mann sollen im Affuri-Gebiet an der mandchurischen Grenze bereitstehen. Der Konsul teilt in seinem Bericht ferner mit, daß die Russen früher oder später einen Zusammenstoß mit den Japanern für unvermeidlich hielten.

Auf die Anfrage der Sowjetregierung an Japan, ob die japanische Regierung den Vertrag von Portsmouth als Grundlage für die russisch-japanischen Beziehungen anerkenne, hat das japanische Auswärtige Amt den Botschafter Schirota ermächtigt, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß der Vertrag von Seiten Japans als Grundlage für die Beziehungen der beiden Länder voll anerkannt werde. Eine nähere Mitteilung über die Ansammlung japanischer Truppen an der sowjetrussischen Grenze werde demnächst erfolgen. Der Vertrag von Portsmouth (Nordamerika) schloß im Jahre 1905 den russisch-japanischen Krieg ab.

Japan nimmt an

Genf, 1. März.

Die japanische Regierung hat sich entschieden, die Genfer Vorschläge für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Schanghai für annehmbar zu erklären. Außenminister Yoshijawa teilte mit, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundes gemachten Vorschläge nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch ständen. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden.

Frühere Meldungen aus Tokio besagten, daß die Japaner die an Bord des entlassenen Kflaggschiffes „Keni“

# Banken-Neuordnung und Arbeitsbeschaffung.

Zast sieben Millionen Erwerbslose warten auf Arbeit. — Bankenumwandlung sinnlos ohne Anhebung der Wirtschaft. Von Hermann Brieger.

Unter Einfluß gewaltiger öffentlicher Mittel schritt die Regierung zur Neuordnung der Großbanken. Mit den Steuergebern und anderen Staatseinkünften, die für die Bewahrung der größten deutschen Banken vor dem eigenen Zusammenbruch und dem des größten Teils ihrer Guthabengeber aufgewandt worden sind, hätte mindestens eine halbe Million Arbeitsloser in Lohn- und brotgebende Beschäftigung eingereiht werden können. Das soll keine abfällige Kritik der Regierungsmassnahmen, sondern lediglich ein tatsächlicher Hinweis auf den riesenhaften Aufwand an Staatsmitteln für diesen Zweck sein. Diese Hergabe dieser Mittel für die Großbanken und andere Geldinstitute, die mit einer dreiviertel Milliarde Mark eher unter- als überschätzt werden, läßt sich nur rechtfertigen, wenn eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft wirklich fühlbar angebahnt wird.

Wenn uns das die Summe von 200 Millionen Mark gekostet haben sollte, die man bei sorgfältiger Ueberprüfung aller der verwickelten Transaktionen mit Staatsgeldern als sicheren Verlust der Gesamtheit zu betrachten hat, dann könnte man den verantwortungsvollen Weg, den die Regierung in den Julitagen des letzten Jahres einleitete und auf dem sie jetzt einen ersten Haltepunkt erreichte, auf jeden Fall als durch den Erfolg gerechtfertigt betrachten. Bleibt aber die Wiedererneuerung der Wirtschaft auch jetzt ohne Fortschritte, dann müßte die Banken-Sanierung aus öffentlichen Mitteln als eine der unverantwortlichsten, sinnlosen Vergeudungen von Staatsmitteln in der ganzen deutschen Geschichte betrachtet werden, noch dazu in einer Zeit ungleich schwerer Not, in der es den breiten Volksschichten denn doch noch schlechter geht als einer Handvoll Finanzleuten, deren Spekulation auf eine vernünftige Weltpolitik fehlgeschlagen ist. Ohne die Abkehr der Politik von den Verfallener Gewaltmaßnahmen wird die Wiederanfrischung der deutschen Wirtschaft natürlich unmöglich sein. Das haben die kostspieligen Experimente der Tributverträge bis zur restlosen Erschöpfung unserer finanziellen Kräfte erwiesen.

Deshalb gehört es zu den Binsenwahrheiten, über die man schon gar nicht mehr im Tone der Aufforderung sprechen mag, daß sich die Regierung endlich auf eine aktivere Außenpolitik als die des Wartens und der Vertröstungen besinn. Wir würden es beispielsweise als logische außenpolitische Folgerung aus der Bankneuordnung betrachten, wenn die Regierung einen tatkräftigen Schritt für den früheren Zusammentritt der Lausanner Regierungskonferenz als im Juni einleitete, schon weil sie anderenfalls selbst die Gefahr heraufbeschwören würde, angesichts der immer noch zusammenschumpfenden Wirtschaft vor neuen Sanierungsmaßnahmen zu stehen.

In Augenblick noch wichtiger als die brennend dringliche Aktivität in der Außenpolitik zur Verwirklichung von Wünschen, die auch von den ausländischen Sachverständigen „unverzüglich“ gefordert wurde, ist aber die Aufwendung der ganzen Kraft für die Wiedererstarbung des deutschen Binnenmarktes. Die von der Defensivität seit Jahren aufgehellte Sparamkeitstendenz sind von den Regierungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden außerordentlich mißverständlich aufgefächert worden. Gemeint war eindeutig

die Sparamkeit der Verwaltung; eingeschränkt wurde jedoch nicht der Lebensstandard der Behörden, sondern jener der Gesamtbevölkerung.

Besonders traurige Erscheinungen in dieser Hinsicht sehen wir in der Bürgersteuer und in der Umsatzsteuererhöhung. Praktisch wurde durch diese steuerliche Maßnahme allein eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von mindestens einer halben Million Männer und Frauen eingeleitet; denn diese Wirkung muß eintreten, wenn man einer Wirtschaft durch die Umsatzsteuererhöhung weitere 900 Millionen Mark für Verwaltungszwecke entzieht. Der für die Allgemeinheit auf diesem Wege angerichtete Schaden wird nicht dadurch geringer, daß nicht das Reich, sondern letzten und bittersten Endes die Gemeinden die Verjorgung jener halben Million zusätzlicher Erwerbsloser zu bestreiten haben und damit zur restlosen Ausbeutung aller Steuermöglichkeiten wie beispielsweise der Bürgersteuer gezwungen zu sein glauben.

Ein so verwickelter, in der Breite und in der Tiefe gewaltiger Erzeugungsapparat, wie wir ihn in der deutschen Wirtschaft besitzen, kann nur zum Nutzen der Volksgemeinschaft gewertet werden, wenn er durch unerschöpflich neue Gedanken gebärende Unternehmungslust voll ausgenutzt wird. Die Voraussetzung dafür ist nicht nur eine Steigerung der Ausfuhr, sondern entscheidend dafür bleibt allein der Binnenmarkt. Auf ihm finden die Deutschen ihre Arbeitsplätze, nicht wenn sie ihre gegenwärtigen zähen, erschütternden Bemühungen verschärfen, sich auch noch das Letzte abjudarben, sondern wenn sie Arbeitslöhne bekommen, um verbrauchen zu können. Sparen muß die Verwaltung; sie sollte endlich zurückkehren zu dem bescheidenen Dasein im Schatten einer glänzenden Wirtschaft, wie es in der Vorkriegszeit war. Die Bevölkerung jedoch muß verbrauchen. Das ganze deutsche Volk, soweit es noch gesund geblieben ist, befindet sich in einem Zustand der Enttäuschung und Verbitterung angesichts des Milliardenaufwands für Erwerbslosenerhaltung, der ohne jeden volkswirtschaftlichen Dauerutzen verlan wird. Hier liegen auch die Finanzierungsquellen, wie denn überhaupt der Arbeitsbeschaffung als größter Widerstand nicht die sachlichen Schwierigkeiten gegenüberstehen, sondern der Mangel an Mut, die bequeme Unterstützungspolitik zugunsten einer Arbeitsbeschaffung um jeden Preis aufzugeben. Nur Führer, die diesen Mut endlich aufbringen, werden dem Gebot der Stunde gerecht.

## Volkswirtschaft.

Dresdener Börse vom 1. März. Am Dienstag lag die Börse fast umklopflos. Die wenigen Abschlüsse wurden meist zu etwas schwächeren Kursen getätigt. Die Abschlüsse gingen aber im allgemeinen wenig über 1 Prozent hinaus. Eine Ausnahme machten Schubert & Salzer, die ihren Gewinn der letzten Tage einbüßten (9 Prozent). Auch Vereinigte Photo-Genüsse gaben 10 Mark her. Banken nur um Bruchteile eines Prozents schwächer. Von Brauereien Baugener Brauerei 3 Prozent niedriger. Wesentliche Gewinne erzielten nur Geraer Stridgarn (plus 4) und Kunstankalt (plus 1,5). Pfandbriefe gehalten, während Anleihen gedrückt lagen.

## Berliner Produktenbörse.

An der Berliner Produktenbörse vom Dienstag konnte sich die Stimmung für Weizen wieder beseitigen. Am Markt der Zeitgeschäfte stiegen die Preise um 2 Mark. Der Roggenmarkt blieb unverändert. Von den zur Märzlieferung abgeschlossenen Quantitäten sind wieder bedeutende Roggenmengen zur Abladeung gekommen. Am Mehlmarkt herrscht in Anbetracht der unklaren Lage größere Zurückhaltung. In Roggenmehl sollen nur geringfügige Umsätze aufzudeckbar sein. Weizenmehl hatte ebenfalls nur

## Das tägliche Rundfunkprogramm.

Leipzig-Dresden

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 3. März

6,30 Funkgymnastik, anschließend Frühkonzert; 9,00 Gemeindefunkprogramm der deutschen Schulfunksender: Staatliches Hauptgymnasium; 10,30 Schulfunk: Joseph Haydn und seine Zeit; „Ein Tag auf dem Schloß Esterhazy“; 12,10 Mittagskonzert; 14,00 Erwerbslosenfunk; 15,00 Experimentierstunde für die reifere Jugend; 16,00 Nachmittagskonzert; 18,00 Einfluß der Höhenlage eines Ortes auf unser Verhalten; 18,15 Steuerrundfunk; 18,30 Sprachenfunk: Spanisch; 19,00 In einer Fiedharmonika-Fabrik, Funkbericht aus Georgenthal im Vogtland; 19,35 Unterhaltungskonzert; 21,00 Studio; Pergamon; 22,20 Nachrichtenfunk. — Funkstille.

### Gleichbleibende Tagesfolge:

10,00 Wirtschaftsnachrichten, 10,05 Wetterdienst und Verkehrsbericht; 10,10 Was die Zeitung bringt; 11,00 Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk N.-G.; 12,00 Wetterdienst und Wasserstandsmedien; 15,40 und 17,30 Wirtschaftsnachrichten und Wettervorausgabe.

### Königswusterhausen.

6,30: Funkgymnastik. — Anschließend bis 8,15: Frühkonzert. — Während einer Pause (6,45): Wetterbericht. — 9,00: Berliner Programm. — 10,35: Neueste Nachrichten. — 12,00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplattenkonzert. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes. — 13,30: Neueste Nachrichten. — 14,00: Konzert. — 15,00: Kinderstunde. Wir haben im Winter viel musiziert. — 15,20: Wetter- und Börsenberichte. — 15,45: Frauenstunde. Erlebnisse einer Frau in China. — 16,00: Pädagogischer Funct. Sprechchor. Poesie und Schule. — 16,30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 17,30: Cupen Malmedy im Gange der Geschichte. — 18,00: Berechtigung der Zeitschrift in der Gegenwart. — 18,30: Spanisch für Fortgeschrittene. — 18,55: Wetterbericht. — 19,00: Stunde des Landwirts. Was kann jetzt zur Verbilligung der Viehhaltung geschehen? — 19,30: Tanz-Abend. Kapelle Gerhard Hoffmann. — 20,45: Aus Köln: Sinfonie-Konzert. Solist: Dode Felsiu (Cello). Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks. — 22,15: Politische Zeitungschau. — 22,30: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — Anschließend: Berliner Programm.

Kleines Bedarfsgefäß. Die Notierungen sind unverändert. Hafer fester.

### Notierungen vom 1. März:

| Per 1000 Kg.     | Al. Speiserbsen | 21,00—23,50                 |  |
|------------------|-----------------|-----------------------------|--|
| Weizen, märk.    | 244—246         | Futtererbsen 15,00—17,00    |  |
| Roggen, märk.    | 193—195         | Beluchfen 16,50—18,50       |  |
| Braugerste       | 178—185         | Aderbohnen 15,00—17,00      |  |
| Futtergerste     | 167—172         | Widen 16,00—19,50           |  |
| Hafer, märk.     | 149—156         | Lupinen, blaue 11,00—12,00  |  |
| Per 100 Kg.      |                 | Lupinen, gelbe 15,00—17,00  |  |
| Weizenmehl       | 31,25—34,75     | Serradella 32,00—36,00      |  |
| Erdnuchtmehl     | 12,60           | Veintuchen 12,20—12,40      |  |
| Erdnuchtmehlmehl | 12,40—12,50     | Trockenschnitzel 8,20       |  |
| Roggenmehl       | 27,90—28,50     | Soyahlot                    |  |
| Weizenkleie      | 10,25—10,50     | ab Hamburg 11,20—11,30      |  |
| Roggenkleie      | 9,85—10,25      | ab Stettin 12,30—12,40      |  |
| Viktoriaerbsen   | 20,00—27,00     | Kartoffelsocken 15,10—15,60 |  |

### Berliner Effektenbörse.

Die Berliner Effektenbörse lag am Dienstag allgemein schwächer. Am Rentenmarkt erfolgten in Kommunalobligationen größere Abgaben, die man zum Teil auf Auslandsverkäufe zurückführte. Die Rückgänge betragen bis zu 1 1/2%. Das Angebot in Goldpfandbriefen war wesentlich geringer. In Pfandbriefen betragen die Kursabschlüsse durchschnittlich 1/4 bis 1/2%. Am Aktienmarkt



Else von der Esche Roman von Hermann Lenhard

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Nehmen Sie Platz, Herr Greiner.“ sagte Verchenfels mit einer etwas rauhen Stimme. „Womit kann ich Ihnen dienen?“  
„Herr Baron, Sie werden zweifellos wissen, in welcher Angelegenheit ich komme. Ich werde nicht nötig haben, das besonders zu betonen.“  
Baron Verchenfels zuckte die Achseln.  
„Erlauben Sie mir, Herr Greiner. Wir sehen uns meines Wissens nach wohl zum erstenmal.“  
„Allerdings, in diesem Punkt haben Sie recht. Sie wüßten also, daß ich deutlicher werde? Nun ja, ich kann es Ihnen sagen. Ich kam hierher mit dem Vorbehalt, von Ihnen Aufklärung zu fordern über Ihre Verhältnisse zu Ihrem früheren Verwalter Hans von Mendheim.“  
„Mit welchem Recht stellen Sie eine solche Frage, Herr Greiner.“  
„Sie wissen ganz gut, daß ich mit der Komtesse verlobt war und daß aus dieser Verlobung die überraschende Heirat mit Mendheim wurde. Sie haben bei dieser Verbindung keine unbedeutende Rolle gespielt, Herr Baron.“  
Verchenfels bemühte sich, ruhig zu bleiben.  
„Herr Greiner, ich muß Sie sehr bitten, nicht ausfallend zu werden. Herr von Mendheim hatte keine Stellung bei mir freiwillig aufgegeben, weil er die Absicht hatte, mit der Komtesse, seiner späteren rechtmäßigen Gattin, ins Ausland zu gehen.“  
„Und Sie haben ihm das Geld dazu gegeben, Herr Baron.“  
Verchenfels erhob sich.  
„Herr Greiner, ich halte es unter meiner Würde, Ihnen darauf eine Antwort zu geben. Es beliebt Ihnen, mich zu beleidigen. Ein Baron von Verchenfels läßt sich von Ihnen nicht beleidigen.“  
„Ich stehe Ihnen zur Verfügung, Herr Baron!“ sagte Greiner kalt.  
„Mit einem Bürgerlichen schlage ich mich nicht. Sie sind mir nicht satzungsfähig, Herr Greiner.“  
Dessen Stimm umwölkte sich.  
„Ich bin nicht gewillt, Herr Baron, diese Angelegenheit stillschweigend hinzunehmen. Ich habe für Ihr Verhalten nur einen Ausdruck: Es war ein Schurkenstreich!“  
Verchenfels ballte die Fäuste.  
„Haben Sie Beweise für Ihre kühne Behauptung?“  
„Ich werde sie bekommen, verlassen Sie sich darauf, Herr Baron. Sie haben die Verbindung der Komtesse mit mir hintertrieben, weil Sie aus dem Zusammenbruch des Grafen von der Esche Ihren Vorteil zu ziehen glaubten. Aber Sie sollen sich getäuscht haben. Jede Spitze, die Sie gegen den Herrn Grafen und seine Familie kehren, richten Sie gegen mich persönlich. Was das für Sie bedeuten kann, dürfte Ihnen später noch klar werden.“  
„Ich fürchte Sie nicht, Herr Greiner.“

„Ich lasse das dahingestellt, Herr Baron. Wenn Sie mich auch nicht für satzungsfähig halten, so hindert dies mich doch nicht, Ihnen meine Verachtung ins Gesicht zu schleudern. Es mag Ihnen genügen, daß ich Ihr Spiel durchschaut habe. Ein Ehrenmann handelt nicht in solch schmutziger Weise.“  
Der Baron bebte am ganzen Körper vor maßloser Empörung, aber er wagte nicht, gegen Greiner allzu schroff aufzutreten. Wenn er auch das Gegenteil behauptet hatte, er fürchtete diesen Mann, der so drohend vor ihm stand, mit blinkenden Augen, aus denen der gerechte Zorn sprühte. Unwillkürlich befehligte er sich einer fast devoten Haltung.  
„Sie sind sicher falsch unterrichtet, Herr Greiner. Ich gestehe, ich habe die Werbung Mendheims unterstützt, weil mir der junge Mann in seiner hoffnungslosen Liebe leid tat, aber das, was Sie vermuten, trifft nicht zu.“  
„Ich halte meine Behauptung aufrecht, Herr Baron, bis Sie mir das Gegenteil beweisen, und das dürfte Ihnen schwer fallen.“  
„Es erübrigt sich für mich, mit Ihnen darüber zu streiten, Herr Greiner. Sie sind voreingenommen gegen mich. Ich habe mit der ganzen Angelegenheit rein gar nichts zu tun.“  
„Sie bleiben bei dieser Behauptung, Herr Baron?“  
„Voll und ganz.“  
„Es ist gut. Ich nehme Ihre Antwort als das entgegen, für das ich sie halte: eine Lüge. Ich empfehle mich Ihnen, Herr Baron.“  
Er verbeugte sich kurz und schritt hinaus.  
Baron von Verchenfels zerknitterte in der Erregung einen Briefbogen, der auf dem Schreibtisch lag und warf ihn auf den Boden. Draußen hörte er das Ansfahren eines Motors. Greiner fuhr davon.  
Greiner! Nun hatte er ihm persönlich gegenübergestanden und mußte sich gestehen, daß er kein zu verachtender Gegner war. Woher wußte Greiner — Mit einem Aufstöhnen ließ sich der Baron in einen Sessel fallen.  
Der Wagen Greiners fuhr in schneller Fahrt nach dem gräflichen Schloß.  
Seit Ilse nicht mehr im Hause war, war es auf dem Schloß ruhig geworden. Gäste waren selten. Die Gräfin litt unter der Sorge um ihr Kind, das sie in einem fernen Lande wußte als Gattin eines Menschen, dem sie alles, nur nichts Gutes zutraute. Auch der Graf machte sich schwere Gedanken. Nicht ein Brief war bis jetzt von Ilse gekommen. Er wußte nichts.  
Da horchte er auf. Er vernahm die wohlbekannte Autohupe Greiners und beeilte sich, ihm entgegenzugehen.  
„Rein, welche Freude und Ehre bereiten Sie uns mit Ihrem Besuch, Herr Greiner!“ rief der Graf aus. Mit ausgestreckten Händen kam er dem Gast entgegen. „Es ist ein Fall bei uns geworden, Herr Greiner. Sie müssen mit uns allein vorliebnehmen.“ Erst jetzt bemerkte er den tiefen Ernst in den Zügen Greiners. „Mein Gott, Sie bringen doch wohl keine schlimmen Nachrichten?“  
Greiner sah in diesem Moment, daß er den Grafen nicht erregen durfte. Er durfte ihm nicht mitteilen, was drüben in Kanada geschah.  
„Eine kleine geschäftliche Auseinandersetzung, Herr Graf.“ sagte er gleichgültig.  
Die Gräfin kam herbei. Greiner erfuhr bei ihrem An-

blick. Die alte Dame sah sehr vergnügt aus, ihre Augen waren von vielen Weinen gerötet.  
„Frau Gräfin, ich hatte gerade in der Nähe zu tun und wollte mich nach Ihrem Befinden erkundigen.“  
„Gräfin von der Esche lächelte schwach.“  
„Sie sind sehr freundlich, Herr Greiner. Ich danke Ihnen. Man wird alt. Das Kind fehlt mir. Haben Sie Nachricht erhalten?“  
Zitternde Muttersehnsucht klang aus ihren Worten.  
„Rein, er durfte nicht reden.“  
Der Graf ließ auf der Terrasse Kaffee servieren.  
„Ich habe Nachricht von drüben bekommen, Frau Gräfin. Es geht Frau von Mendheim gut. Sie sind wohl erhalten in Winnipeg in Kanada angekommen.“  
Der Graf forschte in dem Gesicht seines Gegenübers.  
„Herr Greiner, Sie wissen mehr. Lassen Sie uns nicht im ungewissen.“  
„Herr Graf, ich versichere Ihnen, Ihre Tochter hat bis heute noch keine Veranlassung, sich zu beunruhigen.“  
„Bis heute. Sie sagen das in einem Tone, Herr Greiner, der mir Sorgen bereitet. Wollen Sie nicht offen zu uns sein?“  
„Ich möchte Sie wirklich in keiner Weise beunruhigen, Herr Graf. Seien Sie überzeugt, daß nichts geschehen wird, ohne daß ich es auf dem schnellsten Wege erfahre.“  
Der Graf sah seine Gattin bezeichnend an. Die Gräfin zerdrückte heimlich eine Träne in ihren Augen und seufzte tief auf.  
Greiner fühlte sich etwas unbehaglich in der Nähe dieser beiden Personen, die ahnten, daß er ihnen Dinge verbar, die sie beunruhigen würden. Er verabschiedete sich sehr bald und fuhr, keineswegs befriedigt von dem heutigen Tag, wieder nach seinem Schloß zurück.  
Mr. Stuart Doodle war der gerissenste Makler in ganz Winnipeg. Wo er ein gutes Geschäft witterte, stürzte er sich wie ein Adler auf seine Beute. Nun bemühte er sich bereits eine Stunde, Hans von Mendheim begreiflich zu machen, welche enormen Vorteile für ihn daraus erwachsen würden, wenn er das von ihm vorgeschlagene Stück Land käuflich erwerben würde.  
„Herr Baron“ — er nannte alle adeligen Leute aus Deutschland „Baron“ — „ich versichere Ihnen, daß in ganz Kanada niemand ein gewinnbringenderes Landgut anbieten kann als ich. Der Boden ist prima, ganz jungfräuliches Ackerland, für Weizen wie geeignet, und die Errichtung einer Farm kostet, wenn Sie einmal das Gelände haben, die Welt nicht. Sie haben ein Stück Wald dabei, können sich also Ihr Holz selbst schlagen.“  
Ilse sah dabei und hörte fast interesselos den Anpreisungen des Maklers zu. Das ging nun schon volle vierzehn Tage so. Jeden Tag führte Mendheim Verhandlungen und nie kam es zu einem Abschluß.  
Mendheim fragte gähnend: „Was kostet die ganze Geschichte?“  
„Nur dreitausend Dollar, Herr Baron. Ein Preis, bei dem ich tatsächlich Geld drauflege. Aber ich will Ihnen gefällig sein.“  
„Es hieß doch, Siedler bekämen das Land von der Regierung ganz billig?“ warf Ilse ein.  
(Fortsetzung folgt)

# Ziviler Luftschutz

Luftschutzbeiträge werden gebildet.

Bisher sind alle Bemühungen vergeblich gewesen, für den Kriegsfall den Abwurf von Kampfstoffen aus der Luft völlerrechtlich zu verbieten. Auf Grund des Pariser Luftfahrt-Abkommens vom Jahre 1926 ist Deutschland berechtigt, Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft, also zur Durchführung eines zivilen Luftschutzes zu ergreifen. Das Reichskabinett hat bereits im Jahre 1927 die Vorbereitung eines Luftschutzes für die Zivilbevölkerung beschlossen. Den ersten praktischen Schritt auf diesem Gebiete bildete die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei, Feuerwehr, Technischen Nothilfe und der sanitären Hilfsverbände zum Schutze der Bevölkerung gegen Gasgefahren, wie sie jeder Tag bringen kann (z. B. das Phosgen-Unglück in Hamburg). Im Herbst 1930 wurde dann in Uebereinstimmung mit den Ländern der Zeitpunkt für gemeinsame Eracht, diesen Gaschutz gegen die Gefahren des Tages zu einem Schutze der Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft zu erweitern.

Der zivile Luftschutz besteht in passiven Schutzmaßnahmen, die die Wirkung von Luftangriffen auf ein möglichst geringes Maß herabsetzen, das Leben der Bevölkerung schützen und eingetretene Schäden und Gefahren so schnell wie möglich beseitigen sollen. Er gehört also in das Gebiet der „Vorsorge gegen öffentliche Notstände“, die den Staatsbehörden, insbesondere den Polizeibehörden, obliegt. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist weder eine militärische noch eine politische Angelegenheit.

Die Mittel des zivilen Luftschutzes sind in allen größeren Staaten der Welt sorgfältig untersucht worden. Auch das Rote Kreuz hat sich auf seinen verschiedenen internationalen Gaskchutz-Konferenzen eingehend mit ihnen befaßt. Nach allgemeiner Auffassung kommen hauptsächlich folgende Maßnahmen in Frage:

1. ein wirksamer Meldedienst, der die Bevölkerung rechtzeitig warnen soll;
2. eine Tarnung der Ziele durch Verdunkelung oder Vernebelung;
3. ein kollektiver Schutz der Bevölkerung durch Schaffung behelfsmäßiger Pfeiler- und gasdichterer Unterräume in Häusern und Gebäuden und durch zweckentsprechende Anordnung bei der Planung künftiger Bauanlagen;
4. die Ergänzung des kollektiven Schutzes durch Einzelschutz gegen Gas und 5. umfassender Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes.

Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen haben sinngemäß auch für alle größeren Betriebe und Unternehmungen — insbesondere Eisenbahn und Post, wie die lebenswichtigen Werke — Anwendung zu finden. Dabei muß der einzelne Betrieb für den Schutz seines Personals und seiner Anlagen in der Hauptache selbst sorgen. Der Schwerpunkt der Durchführung liegt in den örtlichen Vorbereitungen. Die Polizei muß hierbei enge Fühlung mit den Gemeindeverwaltungen halten. Da die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, sollen „Luftschutz-Beiräte“ den Polizeiverwalter unterstützen und beraten.

# Der Lebenskampf des Armenischen

Von Dr. F. Burg.

Biel älter und großartiger ist die Geschichte des Menschen als die zirkel 7000 Jahre, die die Wissenschaft von der Geschichte zu erfassen pflegt. Mit Hunderttausenden von Jahren rechnet die Vorgeschichte, die Leben und Entwicklung des Menschen verfolgt. Seit er zum ersten Male, ein Geschöpf der Natur, in den Kampf um das Dasein tritt. Wie ist die allgemeine Vorstellung von diesem Kampf des Menschen mit der Natur? In hilfloser Einsamkeit, von Angst vor wilden Tieren und Naturgewalten verfolgt, einen Tag um den anderen weite Gebiete durchstreifend, um Früchte und Kräuter als Nahrung zu sammeln, ohne Mühe, es sei denn, daß ihm ein glücklicher Zufall ein verendetes Tier in den Weg führte, so primitiv denkt man sich allgemein den Armenischen. Aber diese Vorstellung ist falsch. Es war ein unwalzendes Ereignis, ja, man kann sagen, ein erschütterndes Erlebnis, als man in den Höhlen Südfrankreichs und Spaniens die Kunst des Eiszeitmenschen entdeckte. Tierzeichnungen von unerhörter Einprägnamkeit. Wir wissen heute, daß der Armenisch nicht primitiv war, daß er zumindest, wie der bekannte Vorgeschichtsforscher Dr. O. Haufer in einem Vortrag der „Deutschen Welle“ ausführte, einige Stufen höher als die Wilden unserer Gegenwart.

Weshalb machte der Armenisch das Tier zum Gegenstand seiner künstlerischen Gestaltung? Er erwarb seinen Lebensunterhalt hauptsächlich durch Jagd und Fischerei. In Herden zogen die Armenischen den Tieren nach über ungeheure weite Gebiete. Als Nomaden lebten sie. Da hatte es keinen Sinn, dauerhafte Behausungen zu errichten. In Höhlen und Grotten wohnten sie — man hat davon in Südfrankreich und Spanien ganze Dörfer gefunden — oder sie bauten ihre Hütten auf Pfählen zum Schutz vor Raubtieren in die Höhe. In Australien z. B. wuchs eine Pflanze mit außerordentlich großen Blättern, und solche Blätter gaben dann Material zum Hüttenbau, deren Formen übrigens sehr verschiedenartig sind. Ihre Speisen bereiteten sie zuerst auf der flachen Erde, dann kamen sie dazu, Herde zu verwenden, aus einer einfachen Steinplatte zuerst, dann aus geschichteten Steinplatten, in Ostafrika dagegen wurde die Speise auf einem Holzrost zubereitet.

So zogen die Armenischen hinter den Tieren jener Zeit her, dem Mammut, dem Bison usw. Fauststeil, Pfeilspitzen, Speere, sehr lang und dünn, waren einige ihrer Waffen. Manchmal verloren sich Gruppen von den großen Herden, sie blieben irgendwo stecken, verloren ihre Rassen-eigentümlichkeiten, aber manches blieb von den Lebensgewohnheiten. Nicht immer glückte die Jagd, und deshalb mußte der Armenisch alles essen können; Kräuter, Wurzeln auch ohne Zubereitung durch das Feuer, Erden allerlei Art. Gerade diese Lebensgewohnheiten haben sich z. B. noch bei den heutigen Wilden erhalten. Es ist zweifellos eine Erinnerung an diese Urzeiten, wenn der Indianer seinen Hunger mit Tonerde stillt, auch wenn er inmitten einer fruchtbaren Natur lebt. Gleiche Züge finden sich noch vielfach bei den heutigen Wilden, besonders an ihren Waffen und Geräten kann man die Abstammung vom Armenischen erkennen. Vielleicht ist auch in der germanischen Sage der gewaltige Hammer des Donnergottes Thor eine Erinnerung an die Waffen des Armenischen.

Ist das aber alles, was vom Armenischen in unserer Zeit geblieben ist? Nein, in den Eskimos scheinen direkte Nachkommen des Armenischen erhaltungsgeblieben zu sein. Die Frage nach der Rasse der Eskimos konnte bis jetzt nicht befriedigend gelöst werden. Ein neues Licht auf dieses Problem wirft die Tatsache, daß der Schädel des Armenischen aus der Eiszeit Ähnlichkeit mit dem des Eskimos besitzt. Daß der Eskimo ein ferner Verwandter des letzten Eiszeitmenschen ist, zeigt auch die Ähnlichkeit der Geräte. Auch der Eskimo ist Jäger und Fischer. Wie beim Armenischen, so sind auch beim Eskimo die Zähne übermäßig abgenutzt. Denn beim Armenischen mußten die Zähne manches der Geräte erleben, für heute benutzen, außerdem war er Messer, wodurch außerordentliche Anforderungen an die Zähne gestellt wurden. Auch dem Eskimo sind die Zähne ein Werkzeug. Er präpariert z. B. die Vogelbelege zu Leder mit seinen Zähnen. Hier wäre die nächstliegende Lösung des Eskimo-Rätsels gefunden, wenn man sie als späte Nachfahren des Armenischen ansieht, ein lebendiges Denkmal an die ungeheuer aufstrebende Kultur des Menschen in der härtesten Epoche seines Daseins, in den Eiszeiten. Afa.

# Water von — 207 Kindern?

Dann und wann kann man in der Zeitung Nachrichten von Drillingen oder Vierlingen lesen. Es handelt sich hier um ein Geburtsereignis, der ungewöhnlich, also selten ist. Trotzdem weiß die medizinische Wissenschaft eine ganze Reihe von Ausnahmefällen mitzuteilen, die sogar noch über die Vierlingsgeburten hinausgehen. Diese Mitteilungen beziehen sich allerdings auf Vorgänge älteren Datums. Lepelletier führt in seiner „Physiologischen Abhandlung“ eine Dame aus Le Mans an, welche 23 Kinder, darunter neun Zwillingpaare, geboren hatte. Eine andere Dame, die vier große, kräftige, gesunde Kinder gebar; eine Frau aus der Umgebung von Brulon (Sarthe), die den Kummer hatte, die vier Kinder sterben zu sehen, die sie in weniger als einer Stunde geboren hatte. Die Frau eines Weinbauern in Saint-Remi (Meuse) gebar fünf lebende Töchter. Burdach spricht von einer Frau, welche ebenfalls fünf Kinder auf einmal gebar. Olander führt eine Bäuerin an, welche 38 Geburten in acht Jahren hatte. Bei ihrer letzten Niederkunft bekam sie drei Töchter. Erwachsen, verheirateten sich diese, und eine hatte 36, die andere 31, die dritte 27 Kinder. Eine Griechin auf Korfu schenkte fünf Knaben bei einer einzigen Geburt das Leben. Ein Graf von Adensberg erschien vor Kaiser Heinrich mit 32 Söhnen und acht Töchtern. Eine russische Bäuerin pflegte Vierlings- und Fünflingsgeburten zu haben; 33 Jahre alt, zählte sie schon 57 Söhne und Töchter, alle blieben am Leben. Gilles de Tragenies, der Ludwig den Heiligen nach Palästina begleitete, war der Vermutung nach der dreizehnte Sohn von einem einzigen Wochenbett; diese Art der Schwangerschaft wäre sicherlich die funderreichste gewesen, die man erlebt hat. Ein Moskauer Handwerker zeugte mit zwei Frauen 97 Kinder. Die vier ersten Frauen hatten 43 Kinder, darunter 30 Knaben. Olander führt eine Frau an, welche in elf Wochenbetten 32 Kinder gebar. Diese Frau war das erste von Drillingkindern, und ihre Mutter hatte 48 Kinder. Wrey hat die Existenz mehrerer solcher Familien konstatiert, von denen zu vermuten sei, daß dort immer nur Zwillinge, Drillinge- oder Vierlingsgeburten stattfinden werden. Endlich wollen wir, ohne jedoch daran zu glauben, hier wiedererzählen, daß vor 80 Jahren ein neuer Gideon, in Dänemark geboren, seine Kinder, 297 an der Zahl, sammelte und sich an die Spitze dieser Schar stellend, seine Dienste dem König anbot.

# Rediskontkredit verlängert

Berlin, 2. März.

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Rediskontkredits der Reichsbank haben, wie verkündet, zu dem Ergebnis geführt, daß der Kredit (100 Millionen Dollar) für drei Monate auf der Basis einer Rückzahlung von 10 Prozent innerhalb dieser Frist verlängert bleibt.

# Das Handwerk im Februar

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird mitgeteilt: Wie bei dem anhaltenden allgemeinen Tiefstand der deutschen Wirtschaft nicht anders zu erwarten ist, hat auch der Monat Februar dem Handwerk keine Besserung gebracht. Die Frühjahrsbelegung, die sonst bereits im Februar einzuleben pflegt, ist ausgeblieben. Von einer Beschäftigung mit Neuaufträgen kann im Handwerk kaum noch die Rede sein. Soweit überhaupt Beschäftigung vorlag, beschränkte sie sich auf unerlässliche Reparaturarbeiten. Über auch die Zahl dieser Aufträge war äußerst beschränkt, einmal infolge der Zurückhaltung der Kundschaft, zum anderen, weil diese Aufträge dem Handwerk in immer größerem Maße von Schwarzarbeitern entzogen werden. Für die Entwicklung der Handwerkswirtschaft außerordentlich bedeutsam ist auch die Preisentwertung der Reichsregierung, die zum Teil durch die Form ihrer Durchführung im Handwerk außerordentliche Erbitterung ausgelöst hat. Es wird bei den Forderungen auf Senkung der Preise im Handwerk nur zu leicht vergessen, daß das Handwerk in seiner Preisbildung nicht frei ist, sondern wesentlich von den Preisen seiner Vorlieferanten, von der Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen, die noch keine Senkung erfahren haben etc. abhängt. Infolge der bereits seit Jahren andauernden Depression im Handwerk hat sich allmählich ein derartiger Hunger nach Arbeit entwickelt, daß die Preise im Handwerk auf das äußerste gedrückt sind.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage im Handwerk ist das vollständige Darniederliegen der Bautätigkeit, das nur zum Teil auf das zeitweise herrschende Frostwetter, überwiegend aber auf den völligen Mangel an Aufträgen zurückzuführen ist. Die Aussichten für das bevorstehende Baujahr müssen auch, da noch keinerlei Projekte für Neubauten vergeben werden, zum mindesten soweit die Privatbautätigkeit in Frage kommt, als äußerst ungünstig angesehen werden. Auch in den übrigen Handwerksberufen haben sich die Geschäftsverhältnisse nicht gebessert. In den Bekleidungsberufen ist der Beginn der laienmäßigen Belegung des Geschäfts ausgeblieben. Die metallverarbeitenden sowie holzverarbeitenden Handwerke, die zum Teil in engem Zusammenhang mit dem Baumarft stehen, liegen völlig darnieder. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse bei den leder- und papierverarbeitenden Handwerken. Auch die Nahrungsmittelhandwerke bekommen immer stärker den allgemeinen Niedergang zu spüren.

Entsprechend der schlechten Beschäftigung der Betriebe hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verschärfung erfahren. Selbst für Lehrlinge liegt vielfach keine Beschäftigung mehr vor.

# Lebt die Heimkehrzeitung!

# Jubiläums-Lotterie

## 1. Ziehung 5. Klasse 200. Sächsl. Landeslotterie

Ziehung am 1. März 1932.

(Ohne Gewähr. Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 300 Mark gezogen.)

- 10000 auf Nr. 13401 bei Fr. Galtner, Leipzig und bei Fr. R. Müller, Leipzig.
- 5000 auf Nr. 64075 bei Fr. Otto Hofmann, Klingenthal.
- 5000 auf Nr. 152222 bei Fr. Wilhelm Hofe, Leipzig.
- 0924 281 659 686 735 917 715 004 448 671 (500) 1295 258 860
- 324 (500) 032 288 444 407 919 146 (2000) 864 484 (2000) 171 126
- 961 2649 591 300 904 688 477 475 312 997 834 789 3191 108 617
- 287 800 514 926 4239 844 742 (1000) 592 663 504 548 526 980 601
- 5509 671 214 008 479 766 808 541 284 (500) 414 766 534 989 895
- 688 359 958 119 (2000) 214 655 591 898 432 291 (500) 451 688
- 6556 262 252 107 928 861 218 892 (1000) 964 777 203 507 210 557
- 060 138 222 7170 764 577 847 500 765 989 328 714 986 698 517
- 081 595 8961 (1000) 845 787 017 574 210 148 307 868 871 332 853
- 9677 504 595 (500) 438 703 915 016 825 982 (1000) 428 252 153
- 10838 428 607 587 100 404 652 840 11031 432 (1000) 309 392 488
- 956 725 744 132 357 185 151 363 12874 666 776 409 859 716 106
- 936 (1000) 476 (2000) 089 339 695 242 739 13219 735 817 850 (500)
- 941 273 (2000) 978 615 (2000) 841 177 261 (2000) 292 881 127 639
- (500) 401 (1000) 14619 422 228 498 116 733 451 650 419 471
- 15737 589 347 061 428 782 365 (500) 961 631 777 784 583 301
- 16694 625 806 766 316 617 090 920 371 17635 842 171 (500) 690
- 864 214 201 279 827 637 774 057 404 037 (2000) 858 18322 690 396
- 904 423 535 970 392 (500) 793 19394 490 227 179 (1000) 559 849
- 525 842 522 20765 046 673 494 905 364 242 221 893 (500) 196 774
- 923 425 22157 183 882 244 239 028 470 923 759 803 (500) 22349
- 860 063 369 733 110 (2000) 118 113 548 189 164 969 885 949 070 432
- 296 23300 (1000) 975 165 406 636 232 655 806 955 726 378 (1000)
- 641 (3000) 24137 326 (500) 829 666 234 991 206 222 524 517 688
- 720 (2000) 244 931 040 026 299 (500) 25083 (500) 615 455 107 155
- 651 488 (1000) 603 313 26551 026 903 948 921 757 598 188 201 380
- 221 (3000) 741 135 869 536 711 162 27899 419 (500) 888 244 (500)
- 821 330 379 996 296 802 923 991 354 28982 214 109 518 (500) 374
- 652 461 907 (1000) 872 (500) 288 (2000) 29615 550 214 687 286 520
- 099 (1000) 577 (500) 973
- 30513 233 454 375 146 638 (500) 444 645 942 517 (1000) 31630
- (500) 976 446 690 370 285 752 727 553 797 173 782 (303) 884 890
- 32322 941 (1000) 880 130 240 575 231 534 574 (1000) 521 057 338116
- 026 935 (500) 300 288 617 225 964 830 (500) 210 145 149 859
- 31619 742 (3000) 822 693 342 630 364 080 488 020 35562 476 200
- 905 878 954 814 556 284 435 666 881 (1000) 36077 812 611 600 (500)
- 501 991 619 917 837 (500) 655 37277 035 843 (500) 716 (500) 350
- 971 300 (2000) 375 (1000) 186 38124 080 383 967 452 103 771 720
- 358 975 39630 707 265 448 726 958 897 961 546 923 589 40970
- 840 716 352 639 321 998 380 142 41912 789 018 (500) 008 921
- 42515 (500) 591 354 973 921 985 530 285 890 339 497 475 032 986
- 446 43735 (500) 794 743 473 110 039 280 585 703 226 (500) 758
- (500) 894 44957 929 544 283 327 502 354 164 225 749 381 714 788
- 690 677 175 841 209 202 840
- 45178 983 033 278 666 125 431 338 526 906 819 044 955 441
- 555 (500) 46178 269 208 163 244 722 290 47851 545 283 879
- 856 926 823 786 030 776 48508 163 230 (500) 928 718 045 569 377
- 49271 329 048 353 177 905 498 (1000) 370 841 456 462 414 348 044
- (2000) 50893 654 556 284 284 038 920 080 550 539 437 981 560
- 305 419 666 151 (500) 54917 611 192 103 466 796 809 060 652 139
- 52049 (500) 590 101 263 428 (1000) 764 052 270 (500) 54584 158
- 370 120 121 151 981 871 973 107 54594 63 339 912 089 057 791
- 154 904 878 400 63 889 993 794 030 820 55023 014 040 141 198
- 420 123 816 (1000) 195 353 737 56405 158 360 4 1 652 889 140
- 57809 891 013 574 507 (1000) 246 881 704 (2000) 481 488 496 970
- 58620 293 (1000) 304 644 (2000) 520 970 203 175 429 170 022 (2000)
- 516 200 533 021 987 806 (2000) 122 (2000) 59254 789 915 620 853
- (500) 685 (2000) 511 (1000) 419 824 237 501 936 171 (500) 842 (500)
- 412 461 469
- 60507 989 151 649 499 317 647 182 061 903 342 983 610 645
- 514 941 169 41139 (500) 820 (500) 306 (500) 238 (1000) 280 521 929
- 820 571 905 (500) 126 923 804 909 (500) 050 057 972 601
- 527 43467 187 (500) 503 (500) 180 648 880 092 (2000) 512 161 304
- 157 (500) 861 64684 075 (5000) 137 532 618 687 251 (1000) 884
- (500) 271 605 464 562 45910 893 414 544 (2000) 381 157 779 (1000)
- 324 284 (500) 678 605 186 364 (500) 066 962 101 447 46303 487
- 862 235 801 944 (2000) 811 174 (1000) 165 110 382 757 67617 142
- 035 077 682 (2000) 430 (500) 314 326 782 486 067 (1000) 128 891
- (1000) 290 525 898 624 823 975 69226 440 (2000) 131 801 984 747
- (1000) 182 727 (2000) 794 431 69832 909 977 919 (3000) 510 (500)
- 438 234 796 161 257 524 005 870 135 659 651 903 426 515 (500)
- 70252 407 715 (1000) 242 211 616 884 935 860 049 74357 (500)
- 222 904 143 403 561 783 (2000) 384 361 (500) 670 400 72759 391 175
- 786 916 131 271 384 883 597 (1000) 728 689 280 (3000) 203 117
- 73259 773 874 (500) 712 513 934 344 (500) 621 742 959 785 416 609
- 352 291 960 058 233 831 881 74113 (500) 654 657 119 833 582 (1000)
- 416 36 212 339 (500) 358 459

Im Gläubigersverzeichnis nach heute beantragte Ziehung an größeren Gewinnern: 1. Bräunle mit 250000, 10 Jubiläums-Gewinnen an 100000 R. Gewinne: 1. zu 500000, 1. zu 200000, 1. zu 150000, 1. zu 100000, 2. zu 50000, 3. zu 40000, 5. zu 30000, 6. zu 2000, 8. zu 10000, 12. zu 5000, 31. zu 3000, 95. zu 2000 R. u. v. a. m.

# Sächsisches. Aus dem Landtag

Ein von der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei eingebrachter Antrag fordert die Regierung auf, dem Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Aufbau der sächsischen Schlichtsteuer und der damit verbundenen Ubergangsabgabe vorzieht. — In einer Anfrage derselben Fraktion wird auf die katastrophale Lage des Holzmarktes hingewiesen und die Vorlage einer Regierungsentschrift hierüber verlangt. Es wird angefragt, welche Verwaltungsmaßnahmen die Regierung bisher in dieser Angelegenheit getroffen habe oder noch plane.

## Um die Bierpreisfestsetzung in Sachsen.

Ueber die Lage des Gaststättenwesens und die Bierpreisfestsetzung sind zwischen den Vertretern des sächsischen Gaststättenwesens und dem sächsischen Beauftragten des Reichskommissars für Preisüberwachung, Ministerialrat Dr. Schelcher, eine Ausprache statt. In der Vertreter des Gaststättenwesens im Hinblick auf das beispiellose Darniederliegen des Gaststättenwesens, die Notlage der sächsischen Industrie und die übergroße Erwerbslosigkeit forderten, daß die angeordnete Bierpreisfestsetzung im Wege der Ausnahmebewilligung in Sachsen überhaupt außer Kraft gesetzt werde, da die vom Reichskommissar angeordnete Bierpreisfestsetzung für die meisten Gastwirte den Ruin bedeute. Sie wünschten, daß die Reichsregierung mit größter Beschleunigung die Reichsbiersteuer auf 5 RM herabsetze, die Gemeindebiersteuer um die Hälfte ermäßige und die Gemeindegetränksteuern aushebe. Dr. Schelcher sagte zu, für die Herabsetzung der Steuern beim Reichskommissar nachdrücklich einzutreten. Dagegen lehnte er ab, die angeordnete Bierpreisfestsetzung für Sachsen allgemein im Wege der Ausnahmebewilligung außer Kraft zu setzen. Es sollen aber alle zur Befreiung der Härten notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Die sächsischen Ueberwachungsbehörden werden ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, wenn unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse dem Gastwirt billigerweise nicht zugemutet werden könne den Preis zu senken. Hiermit sei die Möglichkeit gegeben, in jedem Falle unerträgliche Härten für den Gastwirt zu beseitigen.

Die endgültige Regelung der Bierpreise wird von den Beschlüssen der Reichsregierung über die Biersteuerfrage abhängen. Die Preisüberwachungsbehörden werden bis dahin bei der Ueberwachung mit der gebotenen Nachsicht und Schonung verfahren, andererseits habe die Reichsregierung weitere Beratungen der Bierpreisfestsetzung von der Vermeidung des Bierstreiks abhängig gemacht.

## Anordnungen über Brotpreis erhöhungen

Zu der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Weidspflicht bei Preis erhöhungen im Kleinhandel mit Brot erläßt der sächsische Beauftragte, Ministerialrat Dr. Schelcher, in der „Sächsischen Staatszeitung“ folgende Ausführungsverordnung:

Die Preisüberwachungsbehörden sind ermächtigt, angemeldete Preis erhöhungen im Kleinhandel mit Brot zu unterlagen, wenn die Bäckerspanne (Unterschied des Preises zwischen 0,75 kg Mehl und 1 kg Brot) gegen den durchschnittlichen Stand im Monat Dezember 1931 nicht um mindestens 10 Prozent herabgesetzt ist oder wenn nach der beabsichtigten Preis erhöhung die Spanne mehr als 90 Prozent der Durchschnittsspanne vom Dezember 1931 betragen würde. Wird eine angemeldete Preis erhöhung verboten, so können die Preisüberwachungsbehörden bei Zuwiderhandlungen Ge-  
werbtreibende zur Beachtung des Verbots unter Androhung von Ordnungsstrafen anhalten. Die Höhe der zu verhängenden Ordnungsstrafen ist nicht beschränkt. Preisüberwachungsbehörden sind die Amtshauptmannschaften und die Stadträte in den Städten, die der Aufsicht der Kreisauptmannschaften unterstehen.

## Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft Dresden, 2. März.

In Verfolg der reichsrechtlichen Bestimmungen ist unter Aufhebung der bisherigen Forderungsverordnungen vom Justizministerium sowie vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine fünfte Verordnung über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft erlassen worden mit Gültigkeit ab 1. April 1932.

Soweit das Wohnungsmangelgesetz in Betracht kommt, gelten für die Inanspruchnahme von Räumen durch die Gemeindebehörden die gleichen Freigrenzen wie nach der vierten Forderungsverordnung vom 14. Januar 1932.

Vom 1. April 1932 ab sind in Sachsen alle Geschäftsräume sowie die sog. teuren Wohnungen vom Reichsmietengesetz und vom Mieterchutz befreit. Teuere Wohnungen sind solche Wohnungen, deren Jahresfriedensmiete 1200 RM und mehr in den Orten der Ortsklasse A, 900 RM und mehr in den Orten der Ortsklasse B, 600 RM und mehr in den Orten der Ortsklasse C und 450 RM und mehr in den Orten der Ortsklasse D beträgt.

Die gleichen Freigrenzen gelten auch für neabgeschlossene Mietverträge. Neue Mietverträge über Wohnungen mit einer geringeren Jahresfriedensmiete, die vom Wohnungsmangelgesetz frei sind, genießen daher in Abweichung von der reichsrechtlichen Regelvorschrift wie bisher denselben Mieterchutz wie laufende Verträge.

Da für Untermietverhältnisse vom 1. April 1932 ab kein Mieterchutz mehr gilt, sind sie in der fünften Forderungsverordnung auch so weit von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes befreit worden, als dieses bisher ausnahmsweise noch für sie Geltung hatte. Die Vorschriften über das Schiedsverfahren vor den Mieteinigungsämtern sind weggefallen. Die §§ 12 und 13 enthalten Schutzvorschriften zugunsten derjenigen Mietverhältnisse, die vom 1. April 1932 ab keinen Mieterchutz mehr genießen, weil ihre Jahresfriedensmiete über der oben bezeichneten Grenze liegt. Sie beziehen sich auf die Länge der einzuhaltenden Kündigungsfrist und auf die Verlängerung einer Kündigungsfrist.

## Neuregelung der Brandversicherungsbeiträge

Die Brandversicherungskammer hat in der „Sächsischen Staatszeitung“ Grundzüge für die Ermittlung der Beitragsleistungen bei der Abteilung für Gebäudeversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt bekanntgegeben. Damit ist nach langen Vorarbeiten der erste Schritt in die Deffektivität getan, um die geplante Neuregelung der Erhebung von Versicherungsbeiträgen vorzubereiten. Der Grund für diese Neuregelung ist, daß das bisherige, im Jahre 1863 eingeführte System der Erhebung der Beiträge nach Einheiten nicht mehr allenthalben den wirtschaftlichen Verhältnissen der Neuzeit entspricht und daher durch ein beweglicheres System ersetzt werden muß. Durch das neue System soll eine beweglichere und gerechtere Heranziehung der verschiedenen Wagnisgruppen zu den Versicherungsbeiträgen her-

beigeführt werden. Das Innenministerium als Dienstaufsichtsbehörde hat seine Zustimmung für zunächst drei Jahre ausgesprochen. — Die neuen Grundzüge über die Beitrags-  
erhebung treten für die Städte mit Berufsfeuerwehr am 1. Januar 1933, im übrigen am 1. Juli 1933 in Kraft. Das neue System baut sich wie bisher auf der durch die bautechnischen Beamten der Landes-Brandversicherungsanstalt ermittelten Schätzung des Versicherungswertes des einzelnen Gebäudes auf, nur daß an Stelle der bisherigen Einheiten ein Beitragsfuß tritt, der vom Tausend der durch Schätzung ermittelten Versicherungssumme berechnet wird.

## Aus dem Dresdener Stadtparlament

In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung wandte sich der kommunistische Stadtverordnete Gabel dagegen, daß Stadtverordnetenvorsteher Böhlisch anlässlich des Ablebens des ehemaligen Königs von Sachsen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister dem Haus Wettin das Beileid des Stadtverordnetenkollegiums ausgesprochen habe. Von dem volksparteilichen Stadtverordneten Dr. Kaiser wurde daraufhin bekanntgegeben, daß sich die Deutsche Volkspartei, die Gruppe Handwerk, Handel und Gewerbe, die Konservative Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei ein gemeinsames Beileidsschreiben an das Oberhaupt des Hauses Wettin gesandt hätten. Eine ähnliche Erklärung wurde von der nationalsozialistischen Fraktion abgegeben.

Das Kollegium nahm weiter von einem Ratschreiben Kenntnis, wonach der Rat vor einiger Zeit beschloffen hat, wegen Anbahnung von Verhandlungen zur Vereinigung gemeinschaftlicher Belange der Städte Dresden und Freital in eine Prüfung der Angelegenheit einzutreten. — Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Ausprache über die beabsichtigte Schließung des Johannstädter Krankenhaus. Während sich Vertreter aller Fraktionen gegen die Schließung aussprachen, verteidigte Oberbürgermeister Dr. Kütz in längeren Darlegungen die sich aus der finanziellen Lage der Stadt ergebende Notwendigkeit dieser Maßnahme. Das Kollegium beschloß, von der Schließung jedweder Krankenanstalt abzugehen. Ferner wurde einem nationalsozialistischen Antrag mit einem sozialdemokratischen Antrag stattgegeben, wonach der Rat bei der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten gegen die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, soweit dadurch die minderbemittelte Bevölkerung belastet wird, Protest einlegen und die Aufhebung der Notverordnung fordern soll.

## Nachruf der Stadt Dresden für den verstorbenen König

In der Ratssitzung gab Oberbürgermeister Dr. Kütz das Telegramm bekannt, das er aus Anlaß des Hinscheidens des ehemaligen Königs gemeinsam mit dem Stadtverordnetenvorsteher an Prinz Friedrich Christian gelangt hatte, sowie das Antworttelegramm des Prinzen. Der Oberbürgermeister schloß seinen Nachruf mit folgenden Worten: Die Geschichte Sachsens wird die Erinnerung an ihn festhalten als einen stark und tief in seinem Heimatland verwurzelten, mit seinem Heimatvolk innig und treu verbundenen Landesheerrn. Die Geschichte der Stadt Dresden wird ihn ehren als einen seiner Vaterstadt mit Anhänglichkeit und Liebe zugetanen wahrherzigen Förderer der Landeshauptstadt; und in der Erinnerung derer, die ihn näher kannten, wird er weiterleben als ein gütiger, liebenswerter Mensch. Dank und Verehrung folgen ihm über das Grab hinaus.

## Vorläufig keine Vereinigung Dresden—Freital

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ist von den seit längerer Zeit zwischen der Stadt Dresden und der Stadt Freital geführten Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Vereinigung gemeinsamer Belange der beiden Städte kaum infolge ein Erfolg zu erwarten, daß mit einem Zusammenschluß bestimmter städtischer Einrichtungen beider Städte oder der Einrichtung gemeinsamer Verwaltungstellen zu rechnen wäre. Die Frage einer eventuellen Eingemeindung Freitals nach Dresden kann bis auf weiteres als erledigt angesehen werden, da sich hierfür, wie wir erfahren, im Rat der Stadt Dresden keine Mehrheit finden lassen würde.

Wie uns von dem Rat nahestehender Seite mitgeteilt wird, würde eine Eingemeindung Freitals nach Dresden finanzielle Lasten mit sich bringen, die die Stadt Dresden unter gar keinen Umständen aufzubringen in der Lage wäre. Bereits die in den letzten Jahren durchgeführten Eingemeindungen kleinerer Gemeinden haben Dresden infolge der Belastung, als an den Bezirksverband eine Entschädigungssumme zu zahlen gewesen sei, während die Stadt Dresden auf der anderen Seite einige soziale Einrichtungen übernehmen müssen, die sich als finanzielle Belastungen herausstellten, ohne daß sie auf der anderen Seite für die Stadt Dresden irgendwelche Vorteile mit sich gebracht hätten.

## Statistik des Kraftverkehrs in Sachsen

Nach einer statistischen Erhebung sind im Jahre 1931 in Sachsen 8482 fabrikneue Kraftwagen, 5218 Personenkraftwagen, 1178 Lastkraftwagen und Omnibusse zum Verkehr zugelassen worden. Das bedeutet bei den Personenkraftwagen einen beachtlichen Rückgang gegen 1930. Besonders auffallend ist die Verminderung der ausländischen Erzeugnisse. An ausländischen Personenkraftwagen wurden z. B. im Jahre 1931 über die Hälfte weniger als 1930 zugelassen.

## Zu 10 Jahren 48 Höllenmaschinen verschickt.

Die Veroneser Polizei hat soeben einen Verbrecher ganz besonderer Art verhaftet, Mario Silvio Merighi, einen 30-jährigen Großgrundbesitzer. Dieser Mann hat in den letzten 10 Jahren an 48 verschiedene Adressen Postpakete versandt, die Explosivstoffe enthielten. Er verübte diese Streiche nicht etwa aus politischen oder persönlichen Gründen, sondern aus bloßer Lust am Bösen. Merighi suchte seine Opfer, die er ganz und gar nicht kannte, im Adreßbuch. Wie er gestanden hat, machte es ihm immer ein großes Vergnügen, am Tage nach dem Versand seiner unheimlichen Pakete in den Zeitungen Einzelheiten über die Explosion zu lesen. Je mehr Personen bei der Gelegenheit verwundet worden waren oder gar ihr Leben eingebüßt hatten, desto größer war sein Vergnügen. Er versandte seine Pakete zumeist aus verschiedenen norditalienischen Orten, doch unternahm er auch zeitweilen Auslandsreisen, nur um seine Ueberraschungen von jenseits der Grenze zu senden. Die beträchtliche Gefahr, die für ihn selbst mit dem Versand der Pakete verbunden war, hielt ihn davor zurück, so viele Höllenmaschinen zu verschicken, wie er wohl gewollt hätte. Dagegen gab er uneingeschränkt seinen sonstigen Neigungen nach, Wäses zu trinken. Durch Vereumdungen und Denunziationen wußte er in seinem ausgedehnten Bekanntenkreis viele Familiendramen zu verursachen. Außerdem hat er aber innerhalb von 10 Jahren rund 10000 anonyme Briefe an ihm unbekannte Personen geschrieben. Seine gefährlichste Tätigkeit bestand jedoch in dem Versenden der Höllenmaschinen. Ganz offenbar hat man es mit einem gemeingefährlichen Psychopathen zu tun.

# Aus Stadt und Land.

3. März.

Sonnenaufgang 6.41 Sonnenuntergang 17.44  
Mondaufgang 5.38 Monduntergang 13.03  
1887: Der Verleger und Schriftsteller Kurt Wolff in Bonn geboren — 1927 Der russische Schriftsteller Petrowitsch Arzibaschew in Warschau gestorben (geboren 1878).

## Der Aufstieg beginnt

Kürzlich zeigte das Quecksilber noch 15 Grad unter Null in der Nacht, aber sobald die Sonne höher stieg, kletterte es höher und höher, und in den Mittagstunden überwand es spielend diesen Grenzpunkt zwischen plus und minus. Leider dreht es sich hier nur um die meteorologische Lage und nicht um die wirtschaftliche. Wir könnten einen solchen Aufstieg aus bedenklicher Tiefe zu befreiender Höhe gut gebrauchen. Und trotzdem stimmt uns dieser meteorologische Anstieg hoffnungsfreudig. Wir sagen uns, mit irgendeiner Zeitenwende muß doch unseres Schicksals Wende sich einstellen. Die lachende Sonne am stahlblauen Himmel läßt uns gar zu leicht die Winternot vergessen, die uns in diesem Krisenwinter besonders schwer bedrückte. Wenn wir uns heute die Natur betrachten und erkennen müssen, daß sie noch völlig in der Starre des Wintertodes liegt, dann werden wir nicht etwa melancholisch, weil wir kein Leben mehr zu verspüren mögen, nein, wir glauben, daß unter dieser scheinbaren Totenstarre der Erde kräftiges, junges Leben der Auf-  
erlebung harret. Wir glauben das, weil wir es aus Lebenserfahrung bestimmt wissen. Diese Sonne über uns, die uns bis zum Schluß dieses Monats den Lichttag über zwei Stunden verlängert, ist das sichtbare Zeichen aufwärtsstrebenden Lebens. Der Boden, den der Bauer befestigt hat, wird uns Brot geben. Es liegt kein Grund zum Verzweifeln vor. Nur dürfen wir die Hände nicht mut- und talentlos in den Schoß legen und uns und unsern Nächsten vorjammern, es sei alles vergebens. Der erwachende Frühling sollte uns jedenfalls mit neuer Hoffnung erfüllen. Damit wird es bestimmt nicht besser, daß wir täglich klagen und verzweifeln. Wir müssen uns den Kopf frei halten von allen unnützen Sorgen, um unsere Gedanken sammeln zu können für klare Entschlüsse. Wie oft war in den letzten Wochen und Monaten der Himmel verüßelt. Kein Hoffungsstern schien uns zu leuchten. Und nun ist alles wieder Licht und frei geworden. Schauen wir nur um uns: Der Aufstieg ist schon da; nach den Schneeglöckchen werden uns bald die ersten Märzweilchen erfreuen. Warum also nicht glauben, daß auch unser wirtschaftlicher Aufstieg ebenso zwingendes Naturgesetz ist wie der meteorologische Frühling? Warte nur, halbe.

## Die Jagd im März.

Wir gehen nun mehr und mehr dem Frühling entgegen. Bei der bisher milden Witterung, die nur von kurzen Kälte- und Schneeperioden unterbrochen war, ist das Wild im allgemeinen in besserer körperlicher Verfassung. Wir können daher auf ein gutes Jagdjahr hoffen, vorausgesetzt, daß wir nicht noch ein nasses Frühjahr bekommen. Auch Ueberraschungen, wie etwa schwerer Schneefall, können noch eintreten. So wäre es unverantwortlich und alle Arbeit und Opfer einer vorbildlichen Winterbege wärem umsonst, wenn der weidgerechte Revierinhaber für derartige überraschende Zwischenfälle nicht gerüstet wäre.

Dazu ist zunächst nötig, wie die illustrierte Jagdzeitschrift „Wild und Hund“, Berlin SW. 11, schreibt, die Fütterungen für alle Wildarten weiter zu beschränken. Gute, fräftige Nahrung ist gerade im Frühjahr besonders wichtig, ist es doch die Zeit, in der unser Wild am meisten anfällig für Krankheiten und etwaige Seuchen ist. Sodann — ebenfalls aus gleichen Gründen der Vorbeugung — sollen überall die Salzlecken nachgesehen und instand gesetzt werden. Die Aufnahme mineralischer Stoffe für Rot- und Damhirsche, die jetzt abwerfen und neu zu schieben beginnen, sowie für Rebhölzer, die zumeist schon mit fertig geschobenem Vastgehörn prahlen, fördert aufs beste den Ausfall des neuen Hauptwunders.

Jagdlich ist zumeist tote Zeit. Sie kann und soll aber genutzt werden! Hier und da sind Mangel und Hochtage schadhast geworden. Sie sind also auszubessern oder neu aufzubauen, damit sie in der nahenden Jagdzeit fertig dastehen. Auch an die Säuberung der Pürschsteige wird man jetzt gehen. Im Laufe des Winters sind sie mit Mist und Dürchholz befallen, das sich mit Hilfe der Gärtnerbarte leicht entfernen läßt. In Wildrevieren wird man jetzt Schirme zum Mist für die Balz vorbereiten bzw. ausbessern. Die günstigsten Stellen hierfür sind dem Jäger bekannt. Andernfalls sind sie leicht festzustellen, da die Walzplage im März oft schon eisrig von den „kleinen Hähnen“ besucht werden. Wir sehen also, daß es für den Jäger, oder besser: den Beeger, genug zu tun gibt.

Aber auch in anderer Hinsicht ist es verständlich, wenn jemand jagdlich von „toter Zeit“ redet. Der Beeger, der rechte Weidmann, kennt keine „tote Zeit“. Es naht die Brut bzw. Zuchtzeit. So ist vor allen Dingen für die jetzt so nötige Ruhe im Revier zu sorgen. Strennende Hunde und Staben können gerade jetzt äußerst gefährlich werden. Auf Wildgängen zu allen Tageszeiten wird man daher gut tun, auf derartige Störenfriede zu achten. Ebenso soll scharf auf die bestiedernden Feinde unserer Niederjagd, in erster Linie Hühnerhabicht, Sperber, Krähen, gefahndet werden. Wehe dem armen Wild, das sodann auch unter Wilderern und Schlingenstellern zu leiden hat! Da heißt es für den Jäger und Jagdschutbeamten unermülich sein und Vorpaß halten, bis es gelungen ist, verächtliches Raubgesindel zu überführen.

Das Schwarzwild frißt häufig schon in diesem Monat. Daher unterbleibt der Abschuß am besten oder beschränkt sich auf einzelne Keiler und den einen oder anderen Ueberläufer. — Bei günstiger Witterung tritt der Auerhahn in die Balz. In gepflegten Revieren wird er aber vorerst noch nicht bejagt. — Rebhühner und Enten sind meist schon gepaart, und letztere beginnen ihr Gelege. Auch die Fasane hähne fangen Ende März an zu balzen. Jagdzeit hat der Trapphahn. Leider ist der prächtige Großvogel in unserer Kultursteppe recht selten, so daß nur wenige Weidmänner Gelegenheit haben, auf ihn zu jagen. — Aber die Schneepfe, der „Vogel mit dem langen Gesicht“, streicht und bietet gottlob noch viele reine Weidmannsfreuden. Aber keine Frühjahrsfische! Ein maßvoller Abschluß auf dem Abendstreich, wenn über dem dunstig-feuchten Bruch der Schneepfeinstern blinkt, ist köstlich — auch ohne Waffentrecken. Kr.

## Wasserstand für März.

| Datum | Molbau       |             |                      | Eger |              |             | Elbe            |             |              |             |
|-------|--------------|-------------|----------------------|------|--------------|-------------|-----------------|-------------|--------------|-------------|
|       | Bud-<br>wets | Mo-<br>bran | Zung-<br>bun-<br>lau | Laun | Nim-<br>burg | Met-<br>nit | Leit-<br>merzig | Auf-<br>fig | Dres-<br>den | Sab-<br>bau |
| 1.    |              | -8          |                      | -36  | 0            | -64         | +15             | -22         | -190         | -180        |
| 2.    |              | -5          |                      | -30  | -4           | -62         | +12             | -22         | -187         | -176        |

Anmerkung: + bedeutet über 0, — bedeutet unter 0.